

kurz + aktuell

Anstieg der Industrieproduktion im Mai 2021

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion verzeichnete im Mai 2021 ein deutliches Plus. Nach Berechnungen auf Basis vorläufiger Daten stieg der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,2 Prozent gegenüber April 2021.

Die positive Entwicklung der Produktion zeigte sich in allen industriellen Hauptgruppen. Der Güterausstoß der Vorleistungsgüterproduzenten stieg mit einem Zuwachs von fünf Prozent am kräftigsten. Der Output der Investitionsgüterproduzenten erhöhte sich ebenfalls deutlich (+4,1 Prozent). Die Güterausbringung der Konsumgüterhersteller lag um 2,3 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Positive Impulse kamen aus jeder der drei umsatzstärksten Industriebranchen. Einen großen Beitrag zur Produktionssteigerung der Vorleistungsgüterindustrie leistete die Chemie, die die umsatzstärkste Branche des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist: Ihr Output stieg im Mai um knapp zwölf Prozent. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteilindustrie und der Maschinenbau, die zur Investitionsgüterindustrie gehören und die zweit- bzw. drittgrößte Branche sind, entwickelten sich ebenfalls günstig. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen produzierten 7,5 Prozent mehr als

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2021		Jan bis Mai 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Apr 2021	Mai 2020	Jan bis Mai 2020	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	4,2 % ↑	15,8 % ↑	7,8 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	5,0 % ↑	18,7 % ↑	6,1 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	4,1 % ↑	21,6 % ↑	22,2 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	2,3 % ↑	0,5 % ↗	-4,7 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	11,7 % ↑	17,3 % ↑	1,8 % ↗	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	7,5 % ↑	31,9 % ↑	36,5 % ↑	
Maschinenbau	6,1 % ↑	27,0 % ↑	22,0 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	5,1 % ↑	53,3 % ↑	33,6 % ↑	
Inland	7,2 % ↑	51,3 % ↑	33,1 % ↑	
Ausland	3,9 % ↑	54,5 % ↑	34,0 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	5,4 % ↑	43,9 % ↑	25,2 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	7,1 % ↑	89,7 % ↑	60,3 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-7,4 % ↓	-16,6 % ↓	-11,7 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	5,0 % ↑	43,3 % ↑	23,4 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14,2 % ↑	139,4 % ↑	96,4 % ↑	
Maschinenbau	0,1 % ↗	57,2 % ↑	38,8 % ↑	

¹ Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

im April. Der Maschinenbau steigerte den Güterausstoß um 6,1 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Industrieproduktion in Rheinland-Pfalz im Mai 2021 um knapp 16 Prozent, allerdings ausgehend von einem

sehr niedrigen Stand im Vorjahr. Wird als Vergleichsgrundlage stattdessen der Güterausstoß im Februar 2020 herangezogen, der durch die Folgen der Corona-Pandemie noch wenig beeinträchtigt war, lag die Ausbrin-

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





gung im Mai 2021 um sechs Prozent über dem Vorkrisenniveau. Diese Entwicklung ist auf die Vorleistungs- und die Investitionsgüterindustrie zurückzuführen. Der Güterausstoß der beiden industriellen Hauptgruppen lag elf bzw. neun Prozent über dem Output vom Februar 2020. Dagegen reduzierten die Konsumgüterproduzenten ihre Ausbringung um zehn Prozent. In den drei umsatzstärksten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie erreichte die Produktion ein höheres Niveau als im Februar 2020. Den größten Anstieg realisierte der Maschinenbau mit +18 Prozent. Auch die Produzenten von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen erhöhten ihren Output gegenüber Februar 2020 kräftig (+15 Prozent). Weit dahinter, aber ebenfalls mit einem deutlichen Zuwachs von 5,9 Prozent, folgte die Chemiebranche.

Auftragseingänge steigen im Mai weiter

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten ist im Mai 2021 weiter gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte AuftragseingangsindeX um 5,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Besonders kräftig legten die Bestellungen aus dem Inland zu (+7,2 Prozent). Das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 3,9 Prozent.

Unter den drei industriellen Hauptgruppen verzeichnete die Investitionsgüterindustrie den größten Auftragszuwachs (+7,1 Prozent). Die

Nachfrage nach Vorleistungsgütern stieg im Mai ebenfalls deutlich (+5,4 Prozent). Bei den Konsumgüterherstellern gingen dagegen wesentlich weniger Bestellungen ein als im April (-7,4 Prozent).

Der Zuwachs in der Investitionsgüterindustrie ist auf die Kraftwagen- und Kraftwagenteilindustrie zurückzuführen. Dort lag das Ordervolumen im Mai um 14 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Im Maschinenbau blieben die bereinigten Auftragseingänge nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Die Chemieindustrie verbuchte fünf Prozent mehr Bestellungen als im April.

Der bereinigte AuftragseingangsindeX war im Mai 2021 mit +53 Prozent deutlich höher als im Mai 2020, in dem die Wirtschaft allerdings stark durch die erste Welle der Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung verhängten Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Aber auch gegenüber Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten noch relativ wenig beeinträchtigte, stieg die Nachfrage kräftig (+38 Prozent). Das Inlands- und das Auslandsgeschäft lagen deutlich über dem Vorkrisenniveau.

Die Entwicklung der drei industriellen Hauptgruppen verlief sehr unterschiedlich: Das Ordervolumen der Vorleistungsgüterhersteller war im Mai 2021 um 30 Prozent höher als im Februar 2020. In der Investitionsgüterindustrie lagen die Auftrags-eingänge um 69 Prozent über dem Niveau von Februar 2020. Die Kon-

sumgüterindustrie ist hingegen noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt – die Bestellungen waren im Mai 2021 um 26 Prozent geringer als im Februar 2020. In allen drei großen Branchen hat sich die Nachfrage erholt. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteilindustrie, die sich allerdings schon vor der Corona-Pandemie relativ schwach entwickelte, hat sich das Ordervolumen gegenüber Februar 2020 sogar mehr als verdoppelt.

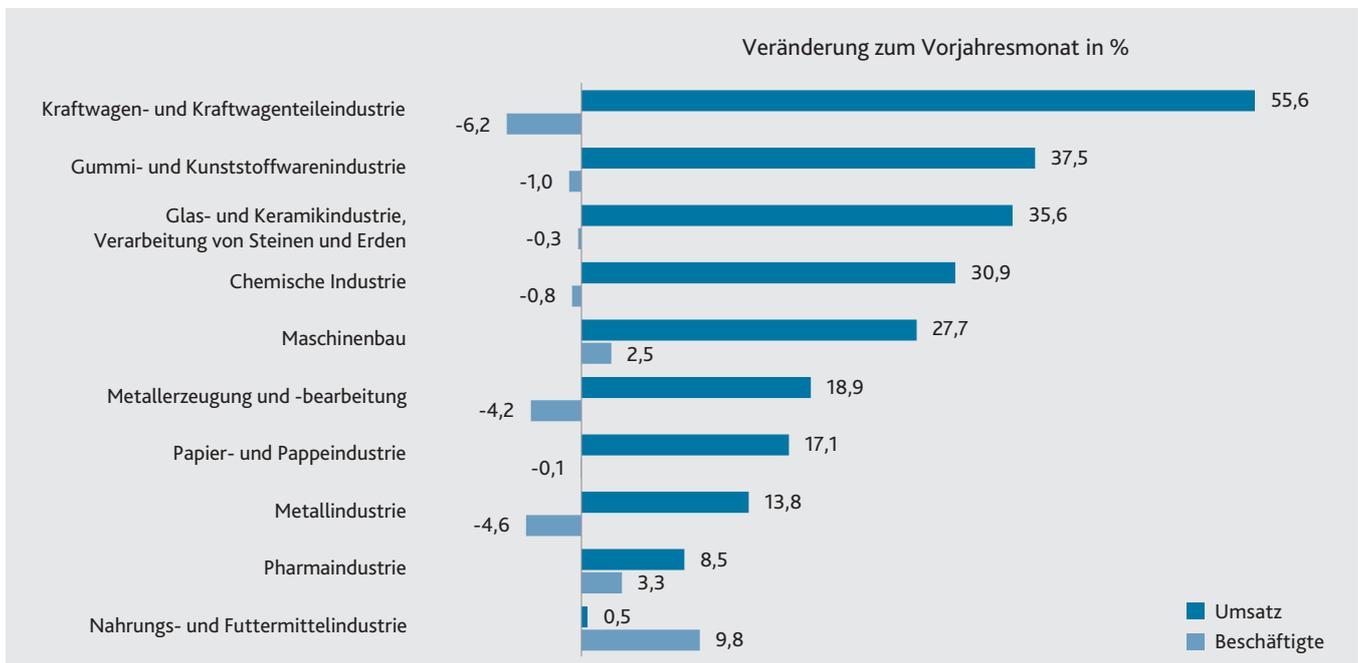
Lage in der Industrie stabilisiert sich

Die Industrieumsätze haben im Mai deutlich an Fahrt aufgenommen und liegen nur noch knapp unter dem Vor-Corona-Niveau. Die Umsätze stiegen im Mai 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat um 28 Prozent (Deutschland: +33 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten sank um 0,7 Prozent (Deutschland: -1,7 Prozent).

Bei den Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass es im Mai 2020 coronabedingt zu Umsatzeinbußen gekommen war, die Zuwächse also von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus erfolgten. Zur besseren Einordnung: Gegenüber Mai 2019 sanken die Umsätze um 3,3 Prozent.

Die Industriebetriebe setzten im Mai 7,8 Milliarden Euro um. Deutliche Zunahmen gab es sowohl bei den Auslands- als auch bei den Inlandsgeschäften (+30 bzw. +25 Prozent). Auch hier sind die hohen Zuwachsraten den Corona-Einflüssen im Vorjahr geschuldet. Im Vergleich zu den Mai-Ergebnissen 2019 zeigt sich ein Rückgang (Ausland: -2,9; Inland: -3,9 Prozent).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Mai 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Deutschlandweit legten die Umsätze aus dem Inland um 24 Prozent zu und die aus dem Ausland um 42 Prozent. Die Exportquote lag bei 56,8 Prozent (+1,1 Prozentpunkte).

In allen zehn umsatzstärksten Branchen von Rheinland-Pfalz entwickelten sich die Erlöse positiv. Besonders gut liefen die Geschäfte in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie (+56 Prozent). Die 30-Prozent-Marke überschritten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+38 Prozent), die Produzenten von Glas und Glaswaren (+36 Prozent) sowie die Chemische Industrie (+31 Prozent). Die geringsten Zuwächse gab es in der Nahrungs- und Futtermittelherstellung (+0,5 Prozent).

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe zählten im Mai 2021 rund

255 400 Beschäftigte; das waren rund 1 900 bzw. 0,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Trotz deutlichem Umsatzplus fiel der Beschäftigungsabbau bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen am stärksten aus (-6,2 Prozent). Hohe Rückläufe in der Belegschaft gab es auch bei der Herstellung von Metallerzeugnissen (-4,6 Prozent) sowie der Erzeugung und Bearbeitung von Metall (-4,2 Prozent). Personalzuwächse zeigten sich dagegen in drei der zehn umsatzstärksten Branchen: Die Nahrungs- und Futtermittelhersteller erhöhten mit +9,8 Prozent ihren Personalbestand am deutlichsten. In der Pharmazie lag das Plus bei 3,3 und im Maschinenbau bei 2,5 Prozent.

Die rheinland-pfälzischen Industrierlöse stiegen im Zeitraum von Januar bis Mai um zwölf Prozent gegenüber

dem Vorjahreszeitraum. Das Plus bei den Auslandsgeschäften beläuft sich auf 13 Prozent und das der Inlandsumsätze auf 10,5 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten lag 1,8 Prozent unter den Ergebnissen von Januar bis Mai 2020.

Steigende Umsätze im Bauhauptgewerbe im Mai, Auftragseingänge gehen zurück

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Mai 2021 höhere Umsätze als im Vormonat. Die Umsätze stiegen kalender- und saisonbereinigt um 2,1 Prozent. Dieser positiven Entwicklung stehen deutlich sinkende Auftragseingänge gegenüber. Im Mai gingen zehn Prozent weniger Bestellungen ein als im April.

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Mai 2021		Jan bis Mai 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Apr 2021	Mai 2020	Jan bis Mai 2020	
Auftragseingang	-10,3 % ↓	12,3 % ↑	16,3 % ↑	
Hochbau insgesamt	-9,8 % ↓	19,8 % ↑	23,0 % ↑	
Wohnungsbau	-9,0 % ↓	14,3 % ↑	35,8 % ↑	
gewerblicher Hochbau	-8,6 % ↓	43,5 % ↑	28,9 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-17,4 % ↓	-29,6 % ↓	-14,8 % ↓	
Tiefbau insgesamt	-10,9 % ↓	4,8 % ↑	10,0 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	-19,4 % ↓	1,2 % ↔	19,3 % ↑	
Straßenbau	-5,3 % ↓	-13,7 % ↓	-11,6 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-10,5 % ↓	52,4 % ↑	47,1 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	2,1 % ↑	3,5 % ↑	-0,2 % ↓	
Hochbau insgesamt	1,9 % ↔	11,8 % ↑	4,9 % ↑	
Wohnungsbau	2,7 % ↑	-0,2 % ↓	-3,6 % ↓	
gewerblicher Hochbau	0,9 % ↔	27,7 % ↑	18,3 % ↑	
öffentlicher Hochbau	3,6 % ↑	-4,4 % ↓	-12,4 % ↓	
Tiefbau insgesamt	2,4 % ↑	-4,3 % ↓	-5,0 % ↓	
gewerblicher Tiefbau	11,0 % ↑	22,5 % ↑	5,0 % ↑	
Straßenbau	2,1 % ↑	-5,5 % ↓	-5,3 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-4,9 % ↓	-20,6 % ↓	-12,5 % ↓	

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Trotz des kurzfristigen Rückgangs lag das Ordervolumen im Mai 2021 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+12 Prozent). Der baugewerbliche Umsatz fiel um 3,5 Prozent höher aus als im Mai 2020.

Der Nachfragerückgang betrifft die gesamte Baubranche. Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau gingen im Mai weniger Bestellungen ein als im Vormonat (-9,8 bzw. -11 Prozent). Das Minus im Hochbau ist auf Einbußen in allen drei Teilbereichen zurückzuführen. Im öffentlichen Hochbau verringerte sich das Ordervolumen kräftig um 17 Prozent. Aber auch im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau waren die Auftragseingänge rückläufig (-9 bzw. -8,6 Prozent).

Im Tiefbau erstreckte sich der Nachfragerückgang ebenfalls über alle drei Teilbereiche. Im gewerblichen sowie im sonstigen öffentlichen Tiefbau schrumpften die Bestellungen mit zweistelliger Rate (-19 bzw. -11 Prozent). Der Straßenbau verzeichnete ein um 5,3 Prozent niedrigeres Ordervolumen als im April.

Der Hochbau steigerte seine Umsätze im Mai um 1,9 Prozent. Im Tiefbau lagen die bereinigten Erlöse 2,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Von den drei Teilbereichen des Hochbaus wies der öffentliche Hochbau mit +3,6 Prozent den größten Anstieg auf. Es folgt der Wohnungsbau mit +2,7 Prozent und der gewerbliche Hochbau mit +0,9 Prozent. In den drei Teilbereichen des

Tiefbaus fiel die Umsatzentwicklung heterogener aus. Während die Erlöse im sonstigen öffentlichen Tiefbau um 4,9 Prozent abnahmen, konnte der gewerbliche Tiefbau ein kräftiges Umsatzplus von elf Prozent und der Straßenbau ein moderates Plus von 2,1 Prozent erwirtschaften.

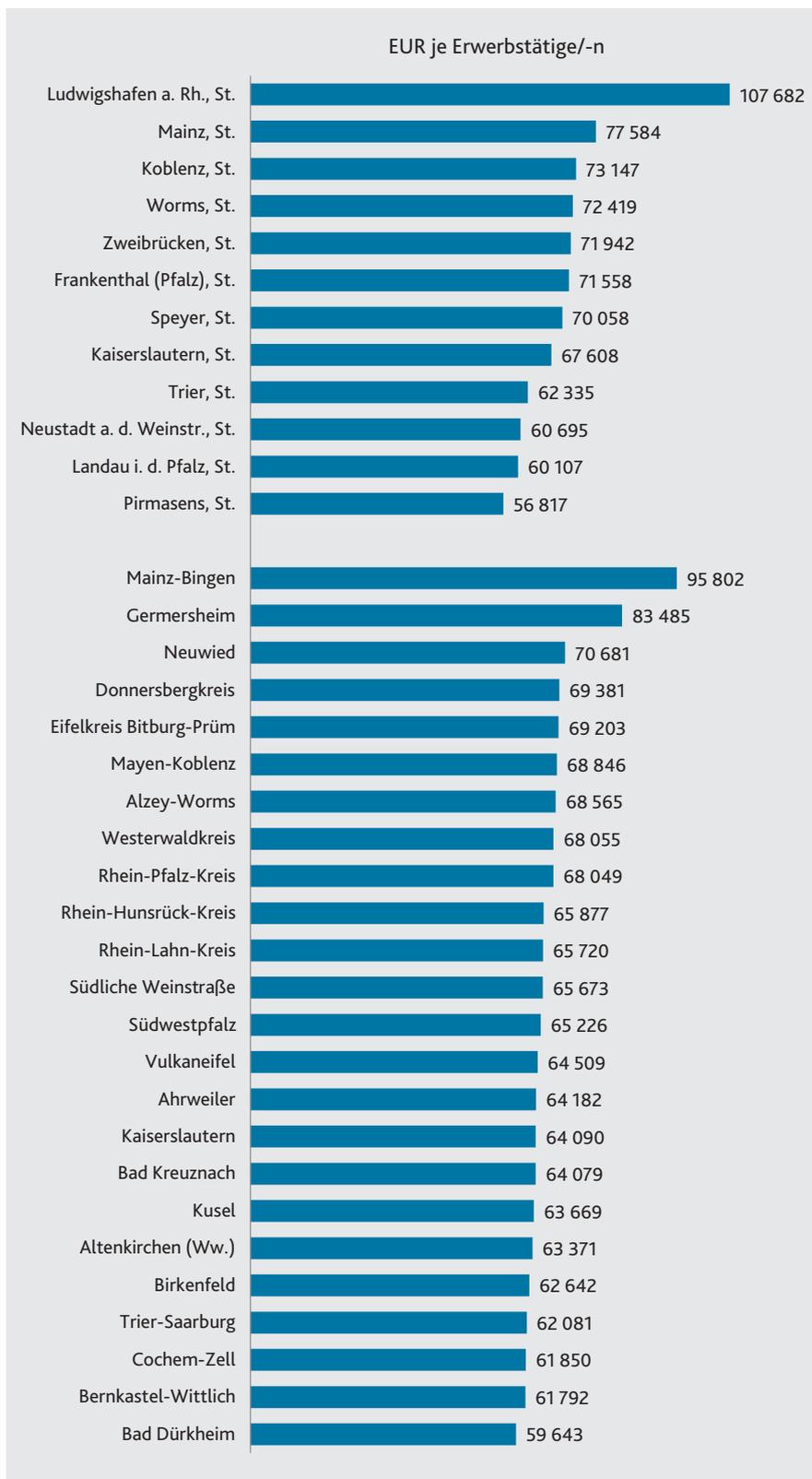
Trotz dieses Wachstums lag der Umsatz des Tiefbaus weiterhin unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-4,3 Prozent). Der Vorjahresvergleich im Hochbau fällt hingegen positiv aus: Die Erlöse waren im Mai um zwölf Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Knapp ein Viertel der Wirtschaftsleistung 2019 erbringen die drei größten Städte des Landes

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist 2019 in fast allen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken gewachsen. Der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen stieg in den Landkreisen mit +2,8 Prozent stärker als in den kreisfreien Städten (+1,7 Prozent).

Die kräftigsten Anstiege der Wirtschaftsleistung verzeichneten die Stadt Frankenthal (Pfalz) mit +7,5 Prozent, der Landkreis Germersheim mit +6,4 Prozent und der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit +5,6 Prozent. Rückläufig war das Bruttoinlandsprodukt dagegen in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (-2,4 Prozent) sowie in den Landkreisen Bad Dürkheim und Donnersbergkreis (jeweils -0,2 Prozent). In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein blieb die Wirt-

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2019 nach Verwaltungsbezirken



schaftsleistung 2019 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen belief sich 2019 auf nominal 146,4 Milliarden Euro. Davon wurden rund 60 Prozent in den Landkreisen und etwa 40 Prozent in den kreisfreien Städten erstellt. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten nahezu ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Mainz-Bingen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied – entfiel annähernd ein Fünftel des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. je Erwerbstätigen – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – stieg 2019 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 1,6 Prozent auf 71 436 Euro. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 76 258 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (68 531 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird allerdings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung pro Kopf mit 107 682 Euro wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich der Landkreise wies Mainz-Bingen mit 95 802 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 56 817 Euro und unter den Landkreisen in Bad Dürkheim mit 59 643 Euro registriert.



In den meisten Verwaltungsbezirken erbringen die Dienstleistungsbereiche den größten Teil der Wertschöpfung: Durchschnittlich wurden in den Landkreisen knapp 64 Prozent und in den kreisfreien Städten gut 68 Prozent der Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Koblenz, Mainz, Neustadt und Landau lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von rund 64 bzw. 57 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche bei rund 65 Prozent, der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung betrug durchschnittlich etwa ein Drittel.

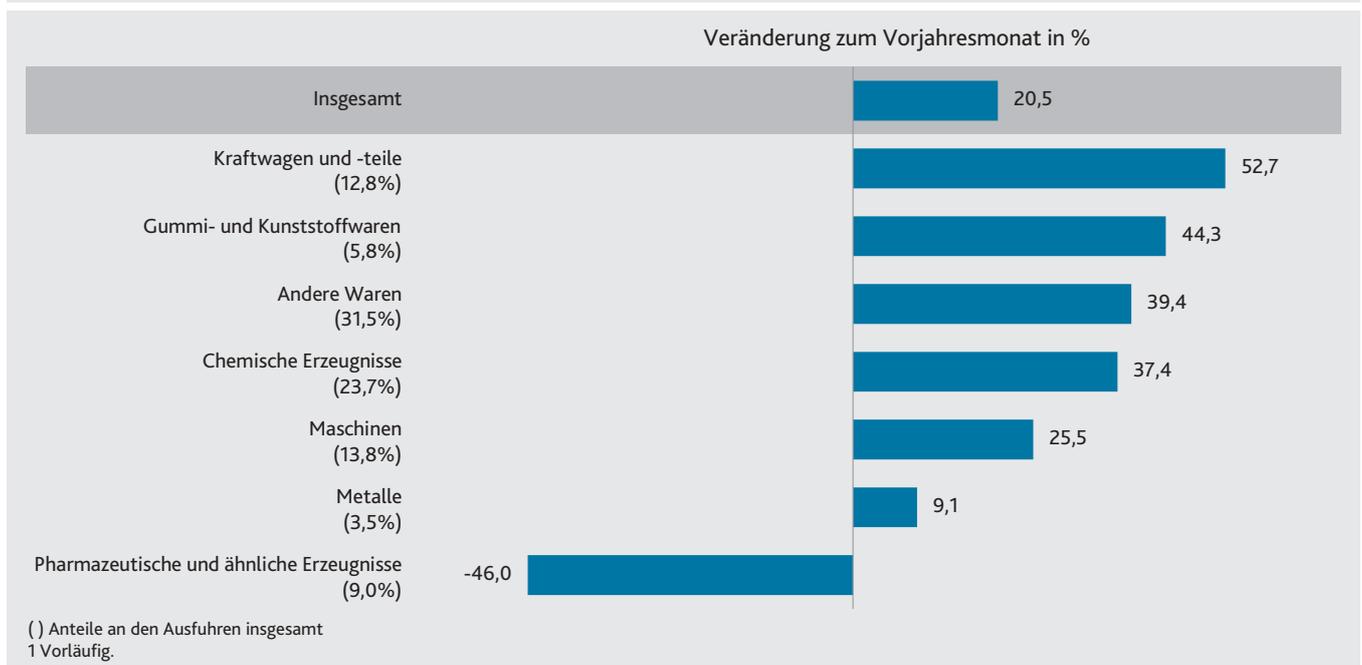
Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt hat. Zwischen 2000 und 2019 fiel der Zuwachs in den Landkreisen mit +64 Prozent deutlich höher aus als in den kreisfreien Städten mit +46 Prozent. Am stärksten legte die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Germersheim (+115 Prozent) und Mainz-Bingen (+106 Prozent) zu. Den höchsten Anstieg unter den kreisfreien Städten gab es in Landau (+73 Prozent). Im Landkreis Kusel und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nahm das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur um 24 bzw. 27 Prozent zu. Zu beachten ist, dass die nominalen Veränderungsraten auch durch Preisniveauveränderungen beeinflusst werden.

Außenhandel mit Aus- und Einfuhrplus

Der rheinland-pfälzische Außenhandel nimmt auch im Mai weiter zu. Die Ein- und Ausfuhren steigerten sich im Vergleich zum Vorjahreswert deutlich. Nach vorläufigen Angaben betragen die Exporte im Mai 4,3 Milliarden Euro und steigerten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 21 Prozent. Die Importe erreichten einen Warenwert von 3,6 Milliarden Euro; die Zunahmen betragen hier deutliche 38 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland stiegen die Exporte um 37 Prozent und die Importe um 32 Prozent.

Bei diesen Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass der Außenhandel in 2020 zum Teil erheblich von der Corona-Pandemie beeinflusst wurde. Werden die Zahlen mit dem

Ausfuhren im Mai 2021¹ nach Güterabteilungen



Jahr 2019 verglichen war die Entwicklung der Aus- und Einfuhren negativ. Die Exporte lagen 8,6 Prozent unter dem Niveau von 2019, die Importe um 1,9 Prozent.

Der Zuwachs der Ausfuhren in die EU-Staaten, in die mehr als die Hälfte aller Ausfuhren gehen (Anteil: 58 Prozent), betrug im Mai 2021 gegenüber dem Vorjahr 41 Prozent. Noch höhere Steigerungsraten wies der Handel mit den Ländern auf, die nicht der Eurozone angehören (+68 Prozent). Dies liegt vor allem an dem deutlichen Exportplus von 90 Prozent nach Polen. In die Eurozone betrug der Zuwachs der Ausfuhren 33 Prozent. Der Anstieg in das übrige Europa fiel mit +26 Prozent etwas niedriger aus. Der Warenwert der Ausfuhren nach Amerika ging um 16 Prozent zurück (USA: -30 Prozent). Auch die Exporte in den asiatischen Raum wiesen ein leichtes Minus auf (-6,2 Prozent). Dies geht vor allem auf die Ausfuhrückgänge von neun Prozent nach China zurück.

Sehr hohe Zuwächse konnte der Außenhandel mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchen (+53 Prozent). Mit etwas Abstand folgten die Anstiege bei den Gummi- und Kunststoffwaren sowie den Chemischen Erzeugnissen (+44 bzw. +37 Prozent). Lediglich die Auslandsnachfrage nach pharmazeutischen Gütern fiel schwächer aus als im Vorjahr (-46 Prozent).

Das Importvolumen lag im Mai bei 3,6 Milliarden und damit 38 Prozent über dem Vorjahreswert. Haupt-

sächlich stammen die Importe aus den Partnerländern in der EU (Anteil: 58 Prozent). Der Einfuhranstieg lag hier bei 35 Prozent. Deutlich stärker entwickelten sich die Einfuhren aus den Ländern der Nicht-Eurozone (+61 Prozent; Zunahme Eurozone: +28 Prozent). Die Waren aus dem übrigen Europa stiegen ebenfalls deutlich (+38 Prozent). Aufgrund der Zunahmen aus Korea und China (+403 bzw. +22 Prozent) verbuchte der asiatische Raum ein Einfuhrplus von 51 Prozent. Ein deutlicher Anstieg der Einfuhren aus den USA von 46 Prozent trug zu einer Steigerung der Einfuhren aus Amerika bei (+23 Prozent). Lediglich Australien und Ozeanien verbuchten ein Minus (-9,6 Prozent).

In den ersten fünf Monaten lagen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegenüber den Vorjahresergebnissen im Plus (+9,4 bzw. +15 Prozent). Die Exportzunahmen in die Partnerländer der EU beliefen sich auf 20 Prozent.

Kfz-Handel im Mai mit Umsatzplus

Im Mai 2021 lagen die Umsätze im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) deutlich über denen des Vorjahresmonats. Beim Vergleich mit Mai 2019 zeigt sich jedoch keine Erholung. Nach vorläufigen Berechnungen setzen die Kfz-Händler im Mai 2021 real, also um Preisveränderungen bereinigt, 18 Prozent mehr um als im Vorjahresmonat (Deutschland: 21 Prozent).

Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen, stiegen die Umsätze um 21 Prozent (Deutschland: 24 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich im Vergleich zum Mai 2020 um 1,1 Prozent (Deutschland: -1,1 Prozent).

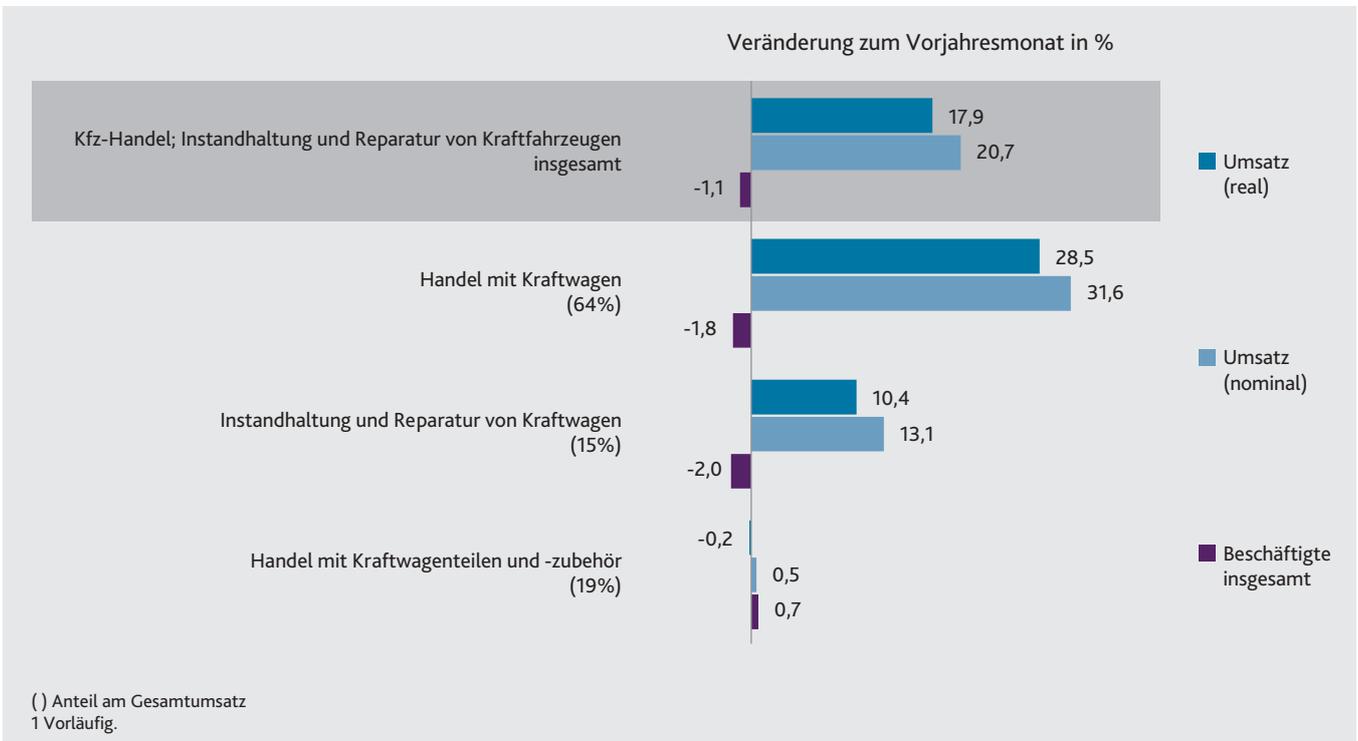
Zu berücksichtigen ist, dass es im Mai 2020 aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu Umsatzrückgängen kam (real: -26 Prozent). Eine bessere Einordnung ermöglicht die Gegenüberstellung mit den Ergebnissen vom Mai 2019: Im Vergleich zu diesen Werten liegen die Umsätze im Mai 2021 real um 13 Prozent niedriger (nominal: -10 Prozent). Der Beschäftigtenstand reduzierte sich gegenüber Mai 2019 um 1,3 Prozent.

Im Handel mit Kraftwagen lagen die Umsätze um 29 Prozent höher als im Mai 2020. Zuwächse von zehn Prozent erzielte der Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“. Beim Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör lagen die Umsätze leicht unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-0,2 Prozent). Im Vergleich zu Mai 2019 lag der Umsatz beim Handel mit Kraftwagen um 16 Prozent im Minus. Die Umsätze im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ sanken um 17 Prozent, die im Kraftwagenteilehandel um 5,3 Prozent.

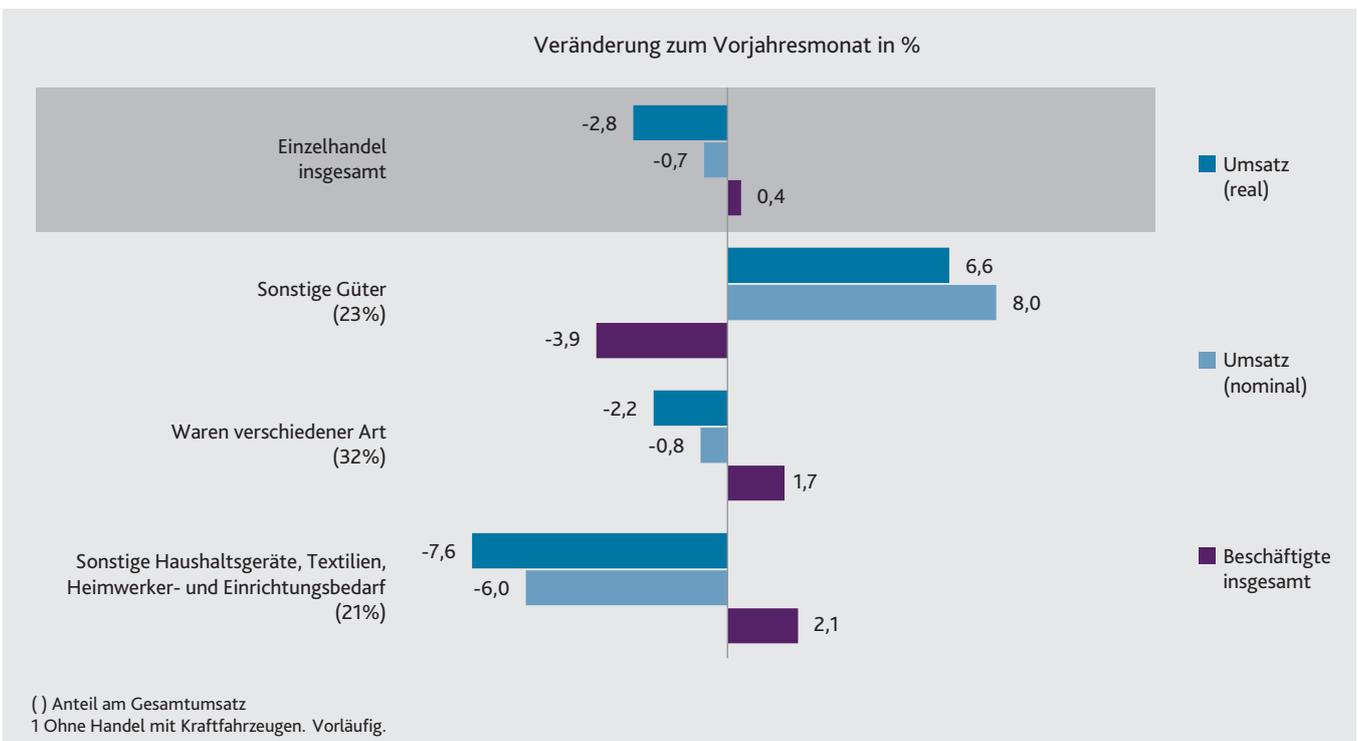
Gegenüber den ersten fünf Monaten in 2020 nahm der Umsatz real um 8,5 Prozent zu; nominal waren es 10,5 Prozent. Die Beschäftigung lag



Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im Mai 2021



Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Mai 2021



um 1,7 niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Einzelhandelsumsätze im Mai im Minus

Nach zwei Monaten mit Umsatzanstiegen mussten die rheinland-pfälzischen Einzelhändler im Mai erneut Rückgänge hinnehmen. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, 2,8 Prozent unter denen von Mai 2020. Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen, betragen die Rückgänge 0,7 Prozent. In Deutschland reduzierte sich der Umsatz real um 1,8 Prozent (nominal: -0,1 Prozent).

Der Umsatz mit Lebensmitteln sank um 1,7 Prozent (nominal: -0,3 Prozent). Deutlich stärker war der Rückgang im Handel mit den Nicht-Lebensmitteln: Das Minus beläuft sich hier real auf 3,7 Prozent (nominal: -1,1 Prozent).

Nur einer der fünf Handelsbereiche erzielte ein reales Umsatzplus: Der Verkauf der „Sonstigen Güter“, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, lag um 6,6 Prozent über den Ergebnissen des Vorjahresmonats. Das umsatzstärkste Segment, der Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen (einschließlich Lebensmittel), setzte 2,2 Prozent weniger um. Der ebenfalls umsatzstarke Zweig „Sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“, hatte Umsatzverluste in Höhe von 7,6 Prozent. Besonders deutlich fielen die Rückgänge in den Bereichen „Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“ sowie „Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik“ aus (-24 bzw. -22 Prozent). Diese Bereiche haben allerdings einen geringen Anteil am Gesamtumsatz.

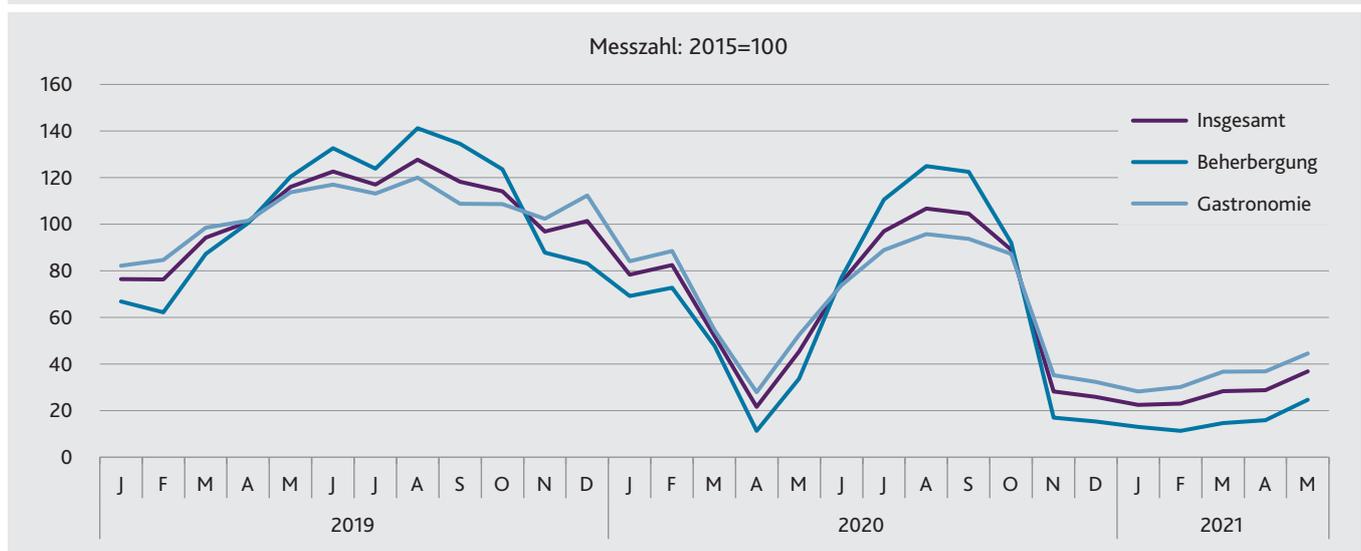
Der Personalstand im Einzelhandel stieg im Vergleich zum Mai 2020 um 0,4 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent).

Die Geschäfte im Einzelhandel lagen in den ersten fünf Monaten real um 1,4 Prozent unter dem Ergebnis vom Vorjahr. Aufgrund von Preissteigerungen war die Umsatzentwicklung nominal mit 0,4 Prozent im Plus. Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 0,8 Prozent.

Gastgewerbe setzt im Mai weniger um als im schwachen Vorjahresmonat

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes reichten im Mai 2021 nicht an das ohnehin schon schwache Ergebnis des Vorjahresmonats heran. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, 19 Prozent unter den Ergebnissen von Mai 2020. Nominal bzw.

Umsatz (real) im Gastgewerbe 2019–2021 nach Wirtschaftszweigen und Monaten





bewertet in jeweiligen Preisen, betrug das Minus 16 Prozent.

Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass das Gastgewerbe im Mai 2020 von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beeinflusst wurde, die Rückgänge also von einem niedrigen Niveau aus erfolgten. Zur besseren Einordnung: Gegenüber Mai 2019 sanken die Umsätze real um 68 Prozent (nominal: -67 Prozent).

Deutliche Umsatzverluste gab es im Beherbergungsgewerbe (real: -27 Prozent). In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, gingen die Umsätze um 15 Prozent zurück. Diese Entwicklung ist auf die Umsatzrückgänge bei den Restaurants, Cafés, Eissalons und

Imbissstuben von 18 Prozent zurückzuführen. Die Caterer und Erbringer von sonstigen Verpflegungsleistungen verzeichnen als einziger Bereich ein Plus von 28 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten lag mit -15 Prozent deutlich unter dem Stand des Vorjahres.

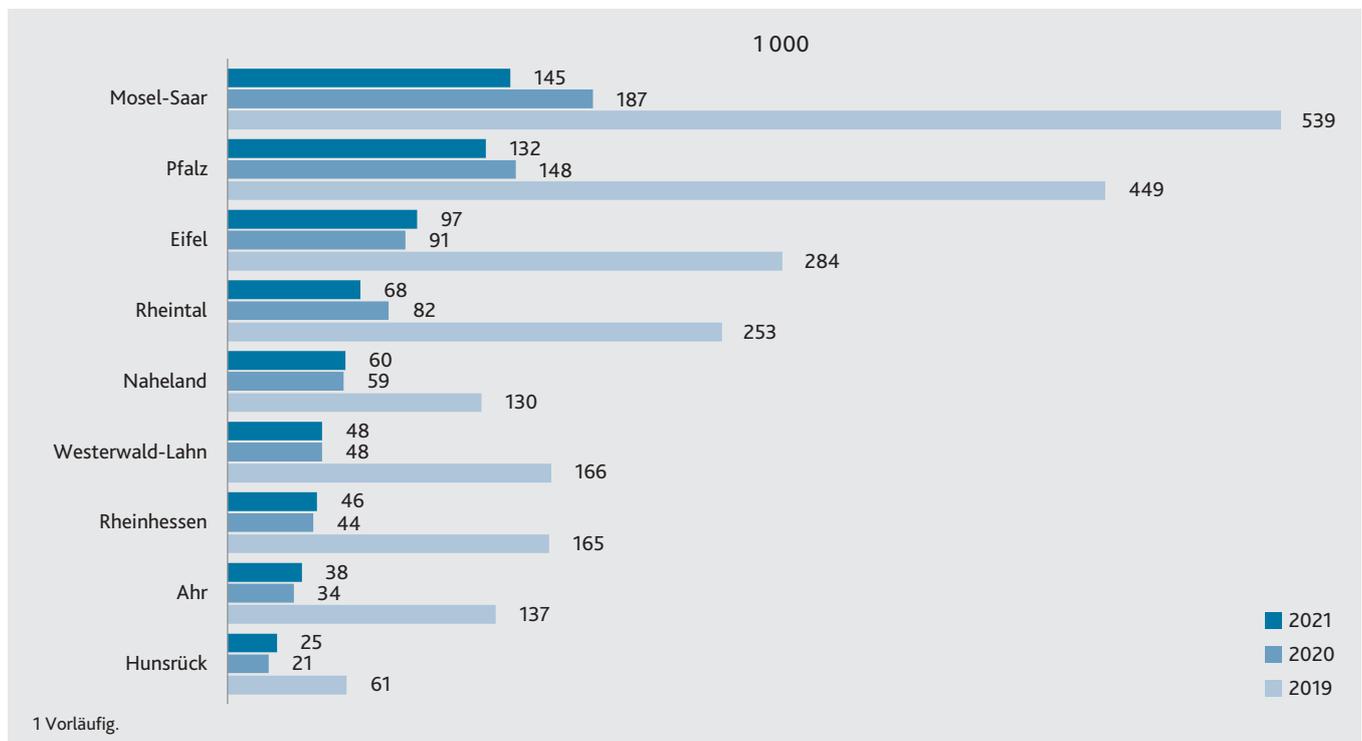
Die Umsätze erreichten von Januar bis Mai nur die Hälfte des Niveaus des entsprechenden Vorjahreszeitraums (real: -50 Prozent; nominal: -48 Prozent). Im Beherbergungsgewerbe gingen die Umsätze um zwei Drittel zurück, in der Gastronomie betrug das Minus 43 Prozent. Von Januar bis Mai 2021 war rund ein Viertel weniger Personal beschäftigt als ein Jahr zuvor (-24 Prozent).

Tourismus auch im Mai unter Vorjahresniveau

Trotz der teilweisen Aufhebung der Bundesnotbremse entwickelten sich im Mai die Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahresmonat rückläufig. Nach vorläufigen Angaben übernachteten im Mai 2021 rund 204 600 Gäste im Land; die Übernachtungen beliefen sich auf 660 000.

Die Gästezahlen lagen um 18 Prozent und die der Übernachtungen um acht Prozent unter dem Niveau vom Mai 2020. Bei einem Vergleich mit den Mai-Ergebnissen 2019 wird der durch Corona verursachte Einbruch deutlich (Gäste: -78 Prozent; Übernachtungen: -70 Prozent).

Übernachtungen im Mai 2019–2021¹ nach Tourismusregionen



Im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen begrüßte die Mehrzahl der Tourismusregionen im Land weniger Gäste, dennoch wies nur ein Drittel weniger Übernachtungen auf. In der Region Mosel-Saar waren die Einbußen beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen am höchsten (Gäste: -30 Prozent; Übernachtungen: -23 Prozent). Demgegenüber konnten die Regionen Hunsrück und Rheinessen Zuwächse bei den Gästen (+7,2 bzw. +6,7 Prozent) und den Übernachtungen (+20 bzw. +4,5 Prozent) verbuchen. In vier weiteren Regionen lagen die Übernachtungszahlen trotz rückläufigem Gästeaufkommen gegenüber dem Vorjahresmonat im Plus.

Die Feriententren sowie Erholungs- und Ferienheime profitierten von den Feiertagen und Ferien im Mai 2021 und verzeichneten Zuwächse bei den Gäste- und Übernachtungszahlen (Feriententren: +58 bzw.

+63 Prozent; Erholungs- und Ferienheime: +14 bzw. +11 Prozent). Bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken lag die Zahl der Gäste und deren Übernachtungen ebenfalls über dem Vorjahresniveau. Am stärksten von Rückgängen betroffen waren die Jugendherbergen, Hütten u. Ä. (Gäste: -94; Übernachtungen: -90 Prozent).

Mit rund 190 000 kamen 93 Prozent der Besucherinnen und Besucher aus dem Inland. Gemessen am Vorjahresmonat waren das 19 Prozent weniger. Die Zahl der Übernachtungen der inländischen Gäste betrug 607 000 (-8,4 Prozent). Aus dem Ausland kamen rund 15 000 Reisende (+0,1 Prozent), die 53 000 Übernachtungen buchten (+2,7 Prozent)

In den ersten fünf Monaten besuchten 496 000 Gäste Rheinland-Pfalz, die 1,9 Millionen Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vorjahres-

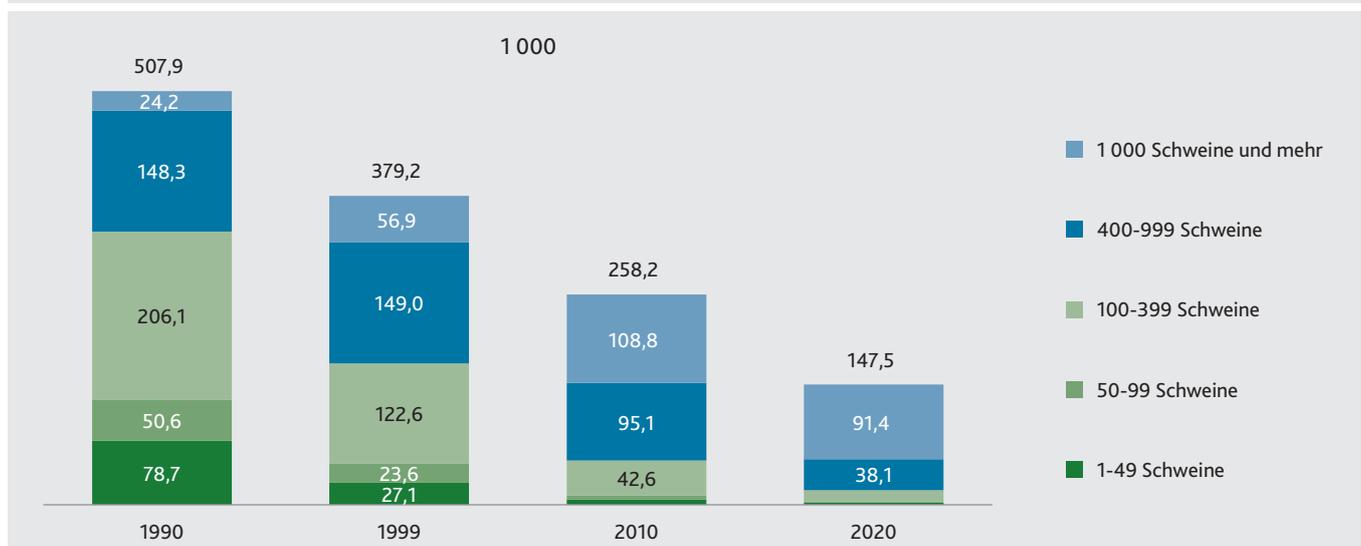
zeitraum hat sich die Zahl der Gäste um 64 Prozent reduziert; die Übernachtungen lagen um 47 Prozent niedriger.

Betriebe mit Schweinehaltung besonders vom Strukturwandel betroffen

Im Jahr 2020 gab es in Rheinland-Pfalz knapp 6 000 Betriebe mit Viehhaltung. Damit sank die Zahl in den vergangenen zehn Jahren in Rheinland-Pfalz um 26 Prozent. Das geht aus den endgültigen Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 hervor.

Demnach hielten 37 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz Vieh (-2 Prozentpunkte). Den größten Anteil daran hatten mit knapp 3 800 Betrieben die Rinderhalterinnen und -halter. Das entspricht 63 Prozent aller viehhaltenden Betriebe. Der durchschnittliche Viehbesatz je Betrieb lag 2020 bei 46,7 Großvieheinheiten. Im Jahr

Schweinebestand 1990–2020 nach Bestandsgrößenklassen





2010 waren es noch 41,8 Großvieheinheiten.

Die Zahl der rinderhaltenden Betriebe nahm in den vergangenen zehn Jahren um 29 Prozent ab. Der Gesamtbestand im Land fiel von 368 900 Rinder 2010 auf 310 200 im Jahr 2020. Die Zahl der milchkuhhaltenden Betriebe sank um 39 Prozent auf nunmehr 1 500, die insgesamt rund 103 200 Milchkühe halten. Insbesondere bei diesen Betrieben zeigt sich ein deutlicher Strukturwandel zu weniger, aber größeren Betrieben: Wurden im Jahr 2010 noch durchschnittlich 48 Milchkühe je Betrieb gehalten, stieg die Zahl im Jahr 2020 auf 69. Bundesweit wurden durchschnittlich 72 Milchkühe je Betrieb gehalten.

In Rheinland-Pfalz hielten 500 Betriebe 147 500 Schweine. Im Jahr 2010 waren es noch 1 200 Betriebe mit 258 200 Schweinen. Innerhalb von zehn Jahren reduzierte sich die Zahl der Betriebe somit um 60 Prozent und der Tierbestand um 43 Prozent. Die durchschnittliche Zahl der Tiere pro Betrieb stieg von 208 auf 297. Zum Vergleich: Bundesweit waren es 826 Schweine je Betrieb.

Auch bei den Betrieben mit Schafhaltung gab es in den vergangenen zehn Jahren Rückgänge: Während die Zahl der Betriebe von gut 1 000 auf rund 900 sank (-6 Prozent), verringerte sich der Gesamtbestand von 89 200 auf 76 600 Schafe (-14 Prozent). Im Jahr 2010 hielt ein Betrieb im Durchschnitt 92 Schafe, im Jahr

2020 waren es durchschnittlich noch 84 (Deutschland: 91).

In den rheinland-pfälzischen Betrieben mit Hühner- und Legehennenhaltung zeigen sich ebenfalls deutliche Veränderungen: Im Jahr 2010 hielten knapp 1 600 Betriebe rund 1,5 Millionen Hühner, im Jahr 2020 waren es 1 300 Betriebe mit einem Bestand von rund 1,3 Millionen Hühnern. Die Zahl der Legehennenbetriebe verringerte sich im selben Zeitraum von knapp 1 600 auf rund 1 400, der Bestand wuchs von knapp 749 800 auf gut 1,1 Millionen Legehennen, was einer durchschnittlichen Bestandsgröße von 838 Legehennen entspricht. Zu dieser positiven Entwicklung des Hennenbestands im Land dürfte auch die zunehmende Verbreitung der sogenannten „Hühnermobile“ beigetragen haben.

Insgesamt setzt sich der Strukturwandel in der Viehhaltung in Rheinland-Pfalz unvermindert fort, was sich auch im Gesamtviehbesatz des Landes niederschlägt. Es wurden 2020 insgesamt 278 500 Großvieheinheiten erfasst. Vor zehn Jahren waren es noch 336 400 (-17 Prozent). Dabei ist die Viehhaltung in hohem Maße an die Fläche gebunden. Bezogen auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) errechnet sich ein Viehbesatz von 39,8 Großvieheinheiten je 100 Hektar LF (-7,9 Großvieheinheiten je 100 Hektar LF).

Die Landwirtschaftszählung 2020 erfolgte zum Stichtag 1. März 2020. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Landwirtschaft wie

etwa die fehlenden ausländischen Erntehelferinnen und Erntehelfer im Gemüsebau sind somit nicht in den Ergebnissen enthalten.

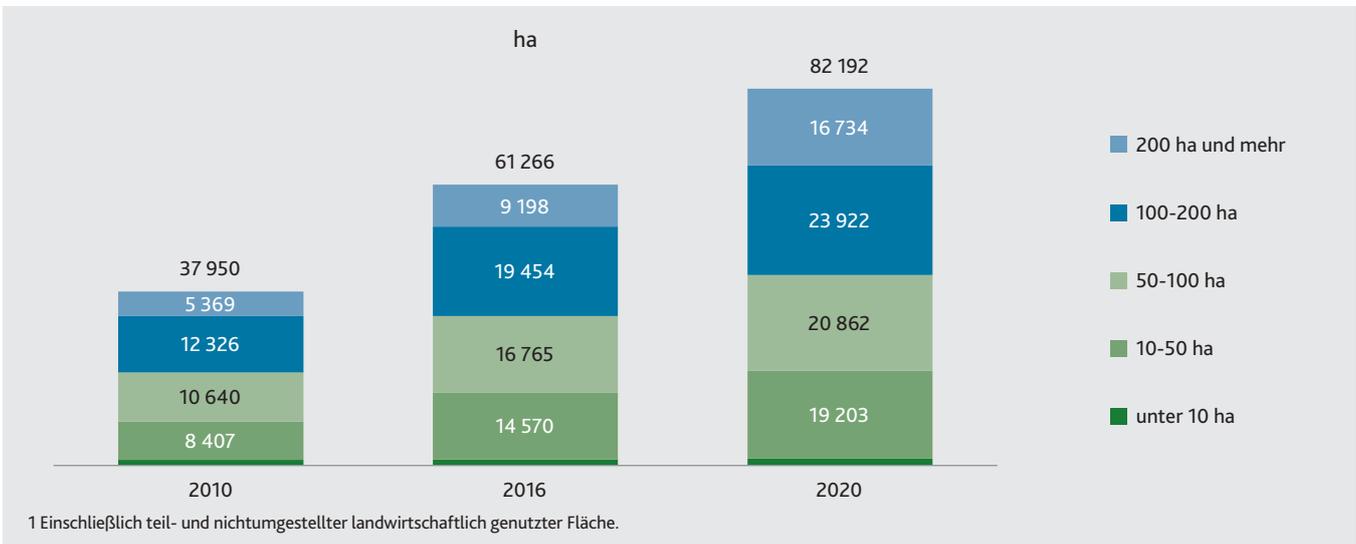
Bewirtschaftete Fläche und Betriebszahl im Öko-Landbau seit 2010 verdoppelt

Im Jahr 2020 wirtschafteten in Rheinland-Pfalz 1 578 Betriebe (2010: 830) nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus und bearbeiteten insgesamt 82 200 Hektar. Hierzu zählt die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der Betriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise (inklusive teil- und nichtumgestellter LF). Das waren knapp zwölf Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt (2010: 5,4 Prozent). Der Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben lag bei 9,8 Prozent, 2010 waren es vier Prozent.

Die Zahl der Öko-Betriebe in Rheinland-Pfalz wuchs seit 2010 um 90 Prozent auf 1 578. Deutschlandweit nahm die Zahl der Öko-Betriebe um 58 Prozent zu. Insgesamt bearbeiteten Betriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz 82 200 Hektar, 2010 waren es 38 000 Hektar (+117 Prozent). Auf ökologische Wirtschaftsweise umgestellt waren 2020 rund 76 800 Hektar. Die Flächenausstattung der rheinland-pfälzischen Öko-Betriebe betrug durchschnittlich 52 Hektar (+6,4 Hektar je Betrieb seit 2010), bei konventionell arbeitenden Betrieben waren es rund 43 Hektar (+9 Hektar je Betrieb seit 2010). Bundesweit waren Öko-Betriebe



Ökologisch landwirtschaftlich genutzte Fläche¹ 2010–2020 nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe



im Durchschnitt gut 61 Hektar groß, konventionell wirtschaftende Betriebe knapp 65 Hektar.

Den weitaus größten Anteil an der rheinland-pfälzischen Öko-LF (nach EG-Verordnung Nr. 834/2007 ökologisch bewirtschaftete LF) hat mit 66 Prozent Dauergrünland. Ackerland kommt auf knapp 25 Prozent, deutschlandweit sind es 46 Prozent. Die restlichen knapp zehn Prozent der ökologisch bewirtschafteten LF entfallen auf Dauerkulturen. In Rheinland-Pfalz sind gut neun Prozent der LF insgesamt mit Rebflächen bepflanzt. Im vergangenen Jahr wurden knapp elf Prozent bzw. 6 800 Hektar davon ökologisch bewirtschaftet.

Auf knapp 42 Prozent der insgesamt 19 500 Hektar ökologisch bewirtschafteten Ackerflächen wuchs Getreide. Pflanzen zur Grünernte kamen auf 33 Prozent. Gartenbau-

erzeugnisse auf dem Ackerland wie Gemüse und Erdbeeren standen auf 6,6 Prozent, Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung wie Erbsen und Ackerbohnen auf 5,5 Prozent und Hackfrüchte wie Zuckerrüben und Kartoffeln auf 3,7 Prozent des ökologisch bewirtschafteten Ackerlands. Brachen mit und ohne Beihilfe- bzw. Prämienanspruch machten 4,1 Prozent aus.

Knapp 48 Prozent der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Rheinland-Pfalz hielten Tiere, bundesweit lag der Anteil bei 66 Prozent. In die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen waren 36 043 Rinder, 5 473 Schafe, 3 973 Schweine sowie 109 839 Hühner. Somit wurden knapp zwölf Prozent der Rinder (2010: 5,7 Prozent), 7,1 Prozent der Schafe (2010: 7,9 Prozent), 2,7 Prozent der Schweine (2010: ein Prozent) und 8,5 Prozent der Hühner (2010: 1,6 Prozent) ökologisch gehalten.

ten. Bundesweit waren es 2020 fast acht Prozent der Rinder, knapp 14 Prozent der Schafe, weniger als ein Prozent der Schweine und fünf Prozent der Hühner.

Beim Produktionsschwerpunkt der rheinland-pfälzischen Öko-Betriebe dominieren mit 43 Prozent die Futterbaubetriebe, gefolgt von Dauerkulturbetrieben (31 Prozent). Rund 28 Prozent aller Betriebe entfallen auf den Weinbau, der zusammen mit dem Obstbau zur Gruppe der Dauerkulturbetriebe gehört. Der Ackerbau macht gut 17 Prozent aus. Für Deutschland errechnet sich ein Anteil von fast 51 Prozent für den Futterbau und gut 27 Prozent für den Ackerbau.

Im Westerwaldkreis als klassisches Futterbaugebiet hat der ökologische Landbau die größte Bedeutung. Dort bewirtschaften 23 Prozent der ansässigen Landwirtschaftsbetriebe knapp ein Drittel der LF ökologisch, gefolgt



vom Landkreis Neuwied (19 Prozent der Betriebe, gut 20 Prozent der LF).

Pachtpreis für landwirtschaftlich genutzte Fläche zieht an

Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 bearbeiteten in Rheinland-Pfalz insgesamt 16 040 landwirtschaftliche Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 699 150 Hektar. Davon waren 448 600 Hektar bzw. 64 Prozent Pachtflächen. Gegenüber 2010 hat sich der Anteil der Pachtfläche nur geringfügig verändert. Rund 235 200 Hektar bzw. 34 Prozent waren selbstbewirtschaftete Eigenflächen sowie 15 300 Hektar (2,2 Prozent) Flächen, die den Betrieben unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden.

Im Jahr 2020 betrug das jährliche Pachtentgelt je Hektar LF landesweit durchschnittlich 260 Euro. Seit 2010 entspricht das einem Anstieg um

61 Euro bzw. +31 Prozent. Die Preise für Neupachten, sprich für Verträge, die zwischen dem 1. März 2018 und dem Erhebungsstichtag 1. März 2020 abgeschlossen oder geändert wurden, lagen deutlich darüber: 318 Euro je Hektar und damit 22 Prozent mehr als der durchschnittliche Hektarpreis wurden verlangt. Je Hektar Ackerland mussten 2020 rund 248 Euro gezahlt werden (2010: 195 Euro, +27 Prozent), für Dauergrünland 110 Euro (2010: 89 Euro, +24 Prozent). Für die Neupacht von Ackerland waren 296 Euro je Hektar zu zahlen, für Dauergrünland 138 Euro je Hektar. Für Rebflächen wurden im landesweiten Durchschnitt 2020 rund 1 032 Euro je Hektar aufgerufen. 2010 waren es noch 857 Euro: Ein Plus von gut 20 Prozent.

Wird der Pachtpreis bezogen auf die Betriebsgröße betrachtet, sticht die Größenklasse unter fünf Hektar LF besonders heraus. In dieser Gruppe befinden sich überwiegend Weinbau-,

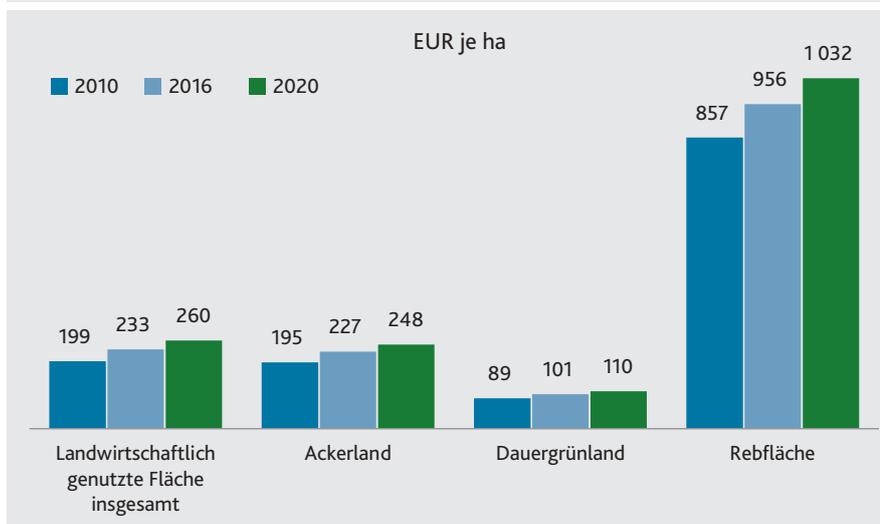
Gartenbau- und Obstbaubetriebe, die meist nur kleine Flächen bewirtschaften. Werden deren gezahlte Pachtentgelte auf einen Hektar umgerechnet, ergibt sich ein überdurchschnittlich hoher Werte von 1 091 Euro je Hektar. Dieser Effekt zeigt sich noch bis in die Größenklasse 20 bis 50 Hektar, wo durchschnittlich noch 355 Euro je Hektar gezahlt wurden. Mit 210 Euro je Hektar ist das Pachtentgelt in der Größenklasse 100 bis 200 Hektar am geringsten. In dieser Größenklasse ist mit 151 600 Hektar die meiste LF gepachtet, sodass sich hier Skaleneffekte ableiten lassen. Mit Abnahme der gepachteten LF in den Größenklassen darüber steigt der Pachtpreis im Mittel wieder.

Neben der Betriebsgröße haben auch die Bodenqualität und die klimatische Anbaueignung großen Einfluss auf die Höhe der Pachtpreise. Speziell in der durch Gemüseanbau geprägten Vorderpfalz liegt das Pachtniveau für Ackerland hoch: Im Rhein-Pfalz-Kreis wurden 626 Euro je Hektar gezahlt, in Frankenthal 645 Euro. Demgegenüber stehen die in ihrem Ertragspotential benachteiligten, grünlanddominierten Mittelgebirgslagen: Im Westerwaldkreis wurde durchschnittlich ein Pachtpreis für Ackerland von 81 Euro je Hektar gezahlt (Dauergrünland: 64 Euro je Hektar), der niedrigste Hektarpreis in Rheinland-Pfalz.

Vorläufige monatliche Todesursachenstatistik

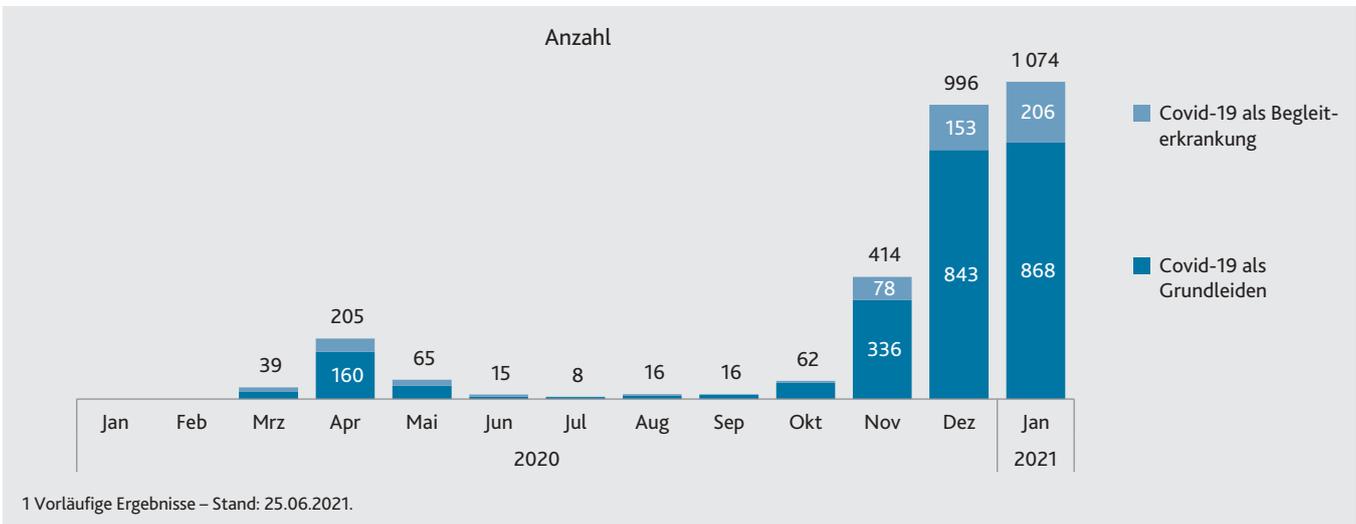
Die amtliche Statistik erweitert ihr Datenangebot um vorläufige Ergeb-

Durchschnittliche Pachtpreise landwirtschaftlich genutzter Flächen 2010–2020 nach Kulturarten





Todesfälle mit Covid-19 als Grundleiden und Begleiterkrankung¹ von Januar 2020 bis Januar 2021 nach Monaten



nisse aus der Todesursachenstatistik, die erstmals für den Zeitraum Januar 2020 bis Januar 2021 veröffentlicht werden. Die Ergebnisse umfassen die wichtigsten Diagnosegruppen und Einzeldiagnosen inklusive Covid-19 und sollen zukünftig monatlich aktualisiert werden. Das neue Datenangebot ist Antwort auf den wachsenden Bedarf nach aktuellen Zahlen zum Pandemiegeschehen und soll die bestehende jährliche Todesursachenstatistik ergänzen.

Im Rahmen der ersten Auswertungsrunde wurden für das Jahr 2020 insgesamt 1 836 Todesfälle in Rheinland-Pfalz ausgewiesen, bei denen Covid-19 auf der Todesbescheinigung vermerkt war. In fast 82 Prozent der Fälle war Covid-19 das sogenannte Grundleiden, das heißt, die Krankheit war die Todesursache. In den restlichen nachrichtlich festgehaltenen Fällen wurde Covid-19 als Begleiterkrankung vermerkt; die Personen sind also „mit Covid-19 verstorben“, hat-

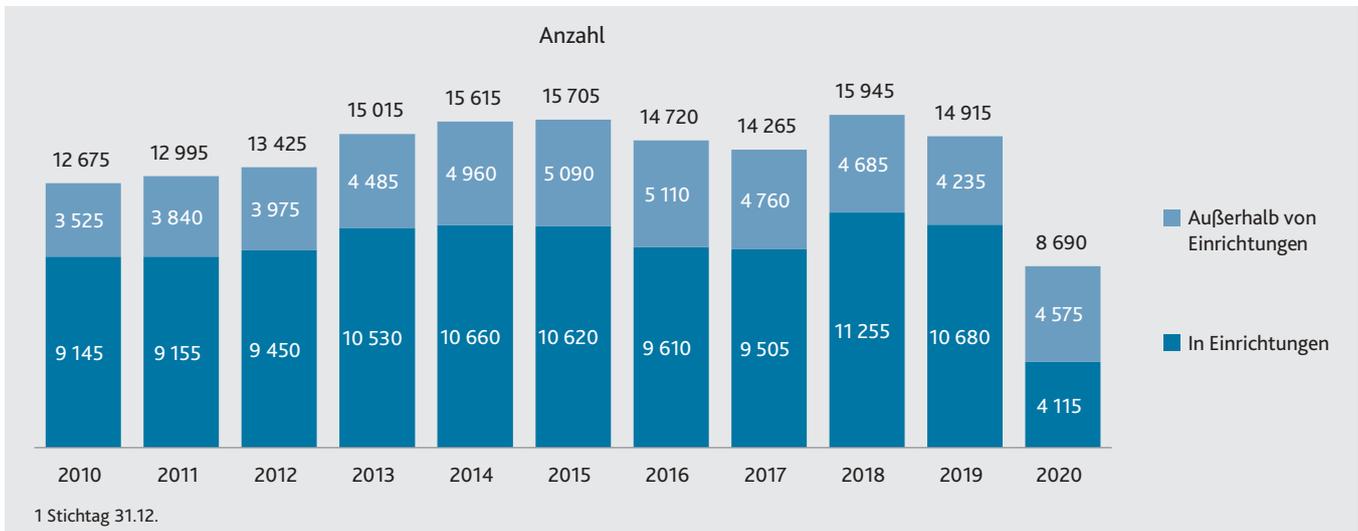
ten jedoch ein anderes Grundleiden. Bei der Einordnung dieser Ergebnisse gilt es zu berücksichtigen, dass erst knapp 84 Prozent der Todesfälle von Dezember 2020 ausgewertet wurden und sich die Fallzahlen daher noch erhöhen können. Für den gesamten Berichtszeitraum Januar 2020 bis Januar 2021 wurden für Rheinland-Pfalz mehr als 97 Prozent aller Todesfälle verarbeitet.

Neben einer schnelleren Sichtbarkeit der unmittelbaren Einflüsse einer Pandemie auf die Mortalitätsentwicklung liefern die Zahlen eine Datengrundlage zur rascheren Überprüfung möglicher weiterer Folgen, die mit der Pandemie und den Maßnahmen zu deren Bekämpfung in Zusammenhang gebracht werden. Beispielsweise gab es im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz nach den vorläufigen Auswertungen 464 Suizide. Die jährliche Todesursachenstatistik weist für die Jahre 2010 bis 2019 durchschnittlich 507 Suizide pro Jahr aus.

8 700 Menschen erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt

Am Jahresende 2020 erhielten knapp 8 700 Menschen in Rheinland-Pfalz Hilfe zum Lebensunterhalt als Leistung der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Dies waren gut 6 200 Personen bzw. fast 42 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der deutliche Rückgang liegt im Wesentlichen in der Neuregelung der Leistungen für Menschen mit Behinderung durch das Bundesteilhabegesetz begründet.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger in Einrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 6 600 Personen bzw. gut 61 Prozent gesunken. In Einrichtungen lebenden Personen mit einer Behinderung wurde bis Ende 2019 ein monatlicher Barbetrag im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Diese Form von Geldleistungen existiert seither nicht mehr; stattdessen wird bei Bedarf ein Regelsatz im Rahmen der

Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt 2010–2020¹

Grundsicherung gewährt. Die Zahl der Hilfebedürftigen außerhalb von Einrichtungen hat sich im Vorjahresvergleich hingegen um 340 Personen bzw. rund acht Prozent erhöht.

Frauen wie Männer fanden sich nahezu gleich häufig im Leistungsbezug. Das Durchschnittsalter aller Empfängerinnen und Empfänger betrug 55 Jahre, wobei die weiblichen Hilfebedürftigen im Schnitt gut neun Jahre älter waren (Frauen: 60 Jahre, Männer: 51 Jahre). Personen in Einrichtungen (70 Jahre) waren zudem deutlich älter als solche außerhalb von Einrichtungen (42 Jahre).

Ende 2020 kamen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2,1 Menschen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt. In den kreisfreien Städten fiel dieser Wert mit 2,7 Personen höher aus als in den Landkreisen (1,9). Die Spannweite reicht dabei von 0,9 Empfängerinnen oder Emp-

fängern im Rhein-Pfalz-Kreis bis 4,1 in der Stadt Pirmasens.

Nur 17 Nachwuchslehrkräfte im Fach Informatik

Im Jahr 2020 schlossen in Rheinland-Pfalz rund 1 200 Nachwuchslehrkräfte den Vorbereitungsdienst mit der Zweiten Staatsprüfung ab. Darunter belegten nur 17 Absolventinnen und Absolventen das Lehrfach Informatik.

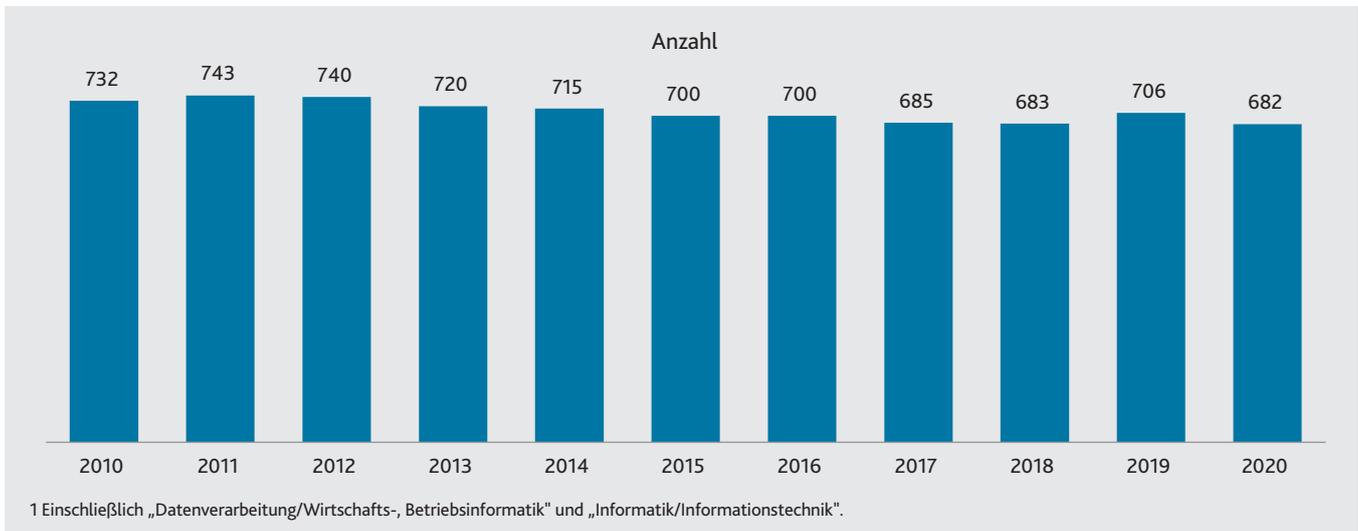
Nur zehn der 17 Nachwuchskräfte mit dem Lehrfach Informatik absolvierten ihr Zweites Staatsexamen in einem Lehramt an einer allgemeinbildenden Schule. Auch in den Vorjahren wurden nicht mehr Nachwuchskräfte mit einer Ausbildung in der Didaktik der Informatik gewonnen: Seit 2010 schlossen an allgemeinbildenden Schulen nur 98 Personen das Zweite Staatsexamen mit dem Erst- oder Zweitfach Informatik ab.

Nicht nur im Kontext der Coronapandemie, sondern auch angesichts

einer vermehrten Digitalisierung in Gesellschaft und Arbeitswelt nahm in der jüngeren Vergangenheit der Bedarf zu, flächendeckend eine digitale Bildungsinfrastruktur aufzubauen und sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Schulen mit modernen technischen Medien auszustatten. Im Rahmen des Digitalpakts Schule stellten nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Bund und Länder insgesamt 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung, darunter 314 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz.

Vor dem Hintergrund einer zunehmend digitalisierten Welt und einem Ausbau der Digitalisierung im schulischen Kontext nimmt auch die Bedeutung informationstechnischen Wissens zu. In Rheinland-Pfalz hatten 2020 etwa 680 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen eine Lehrerlaubnis bzw. Unterrichtsbefugnis im Fach Informatik. Das war der

Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit Lehrerlaubnis bzw. Unterrichtsbefugnis im Fach Informatik¹ in den Schuljahren 2010/11–2020/21



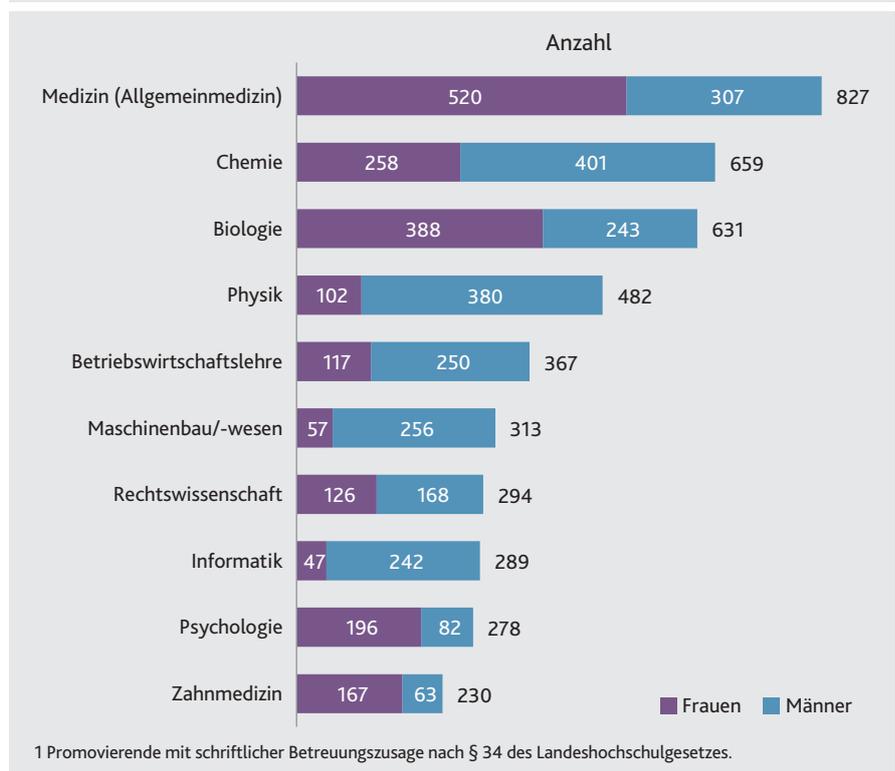
niedrigste Wert in den vergangenen zehn Jahren. Gegenüber 2010 nahm die Zahl dieser Lehrkräfte um 50 bzw. knapp sieben Prozent ab.

Rund 7 500 Doktorandinnen und Doktoranden

Im Jahr 2020 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 7 500 Akademikerinnen und Akademiker an ihrer Doktorarbeit. Das waren etwa 500 Doktorandinnen und Doktoranden bzw. 7,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit rund 4 100 Personen betreute die Johannes Gutenberg-Universität Mainz mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Promovierenden.

Die meisten Akademikerinnen und Akademiker meldeten ihre Promotion in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ an (2 400), gefolgt von „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (1 600) sowie „Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften“ (1 100). Am

Promovierende¹ 2020 nach den zehn häufigsten Fächern und Geschlecht



häufigsten wurde in der Medizin, Chemie und Biologie promoviert. Obwohl der Frauen- (48 Prozent) und Männeranteil (52 Prozent) unter

den Promovierenden nahezu ausgewogen ist, bestehen in einzelnen Promotionsfächern nach wie vor deutliche Geschlechterunterschiede:



Beispielsweise lag der Frauenanteil in der Zahnmedizin bei 73 Prozent, während in der Informatik nur 16 Prozent der Promovierenden weiblich waren.

Die Rahmenbedingungen für Doktorandinnen und Doktoranden sind häufig sehr unterschiedlich. Beispielsweise haben nicht alle Akademikerinnen und Akademiker die Möglichkeit, eine Doktorarbeit im Rahmen einer Anstellung an einer Hochschule zu erstellen: Nur 41 Prozent der Promovierenden waren 2020 an einer Hochschule beschäftigt. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Fachbereichen. Während in der Mathematik sowie den Ingenieur-, Natur- und Sportwissenschaften mehr als die Hälfte der Doktorandinnen und Doktoranden ein Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule hatten, waren es in der Medizin und den Gesundheitswissenschaften (12 Prozent), der Kunst (25 Prozent) und den Geisteswissenschaften (30 Prozent) deutlich weniger.

Im Rahmen der Promotion wird der akademische Grad eines Doktors in einer bestimmten Fächergruppe verliehen. Durch den Nachweis besonderer wissenschaftlicher Fähigkeiten gilt der Titel in Deutschland als höchster akademischer Grad. Die Promotion wird über eine Monografie oder kumulativ über mehrere wissenschaftliche Publikationen sowie eine Prüfung (Rigorosum) oder eine mündliche Verteidigung der Arbeit (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Anmeldung als Doktorandin bzw. Doktorand ist in der Regel ein abgeschlossenes Masterstudium, das Staatsexamen oder ein universitäres Magister- bzw. Diplomstudium.

Beschäftigung im öffentlichen Bereich wächst 2020 auch durch mehr Auszubildende

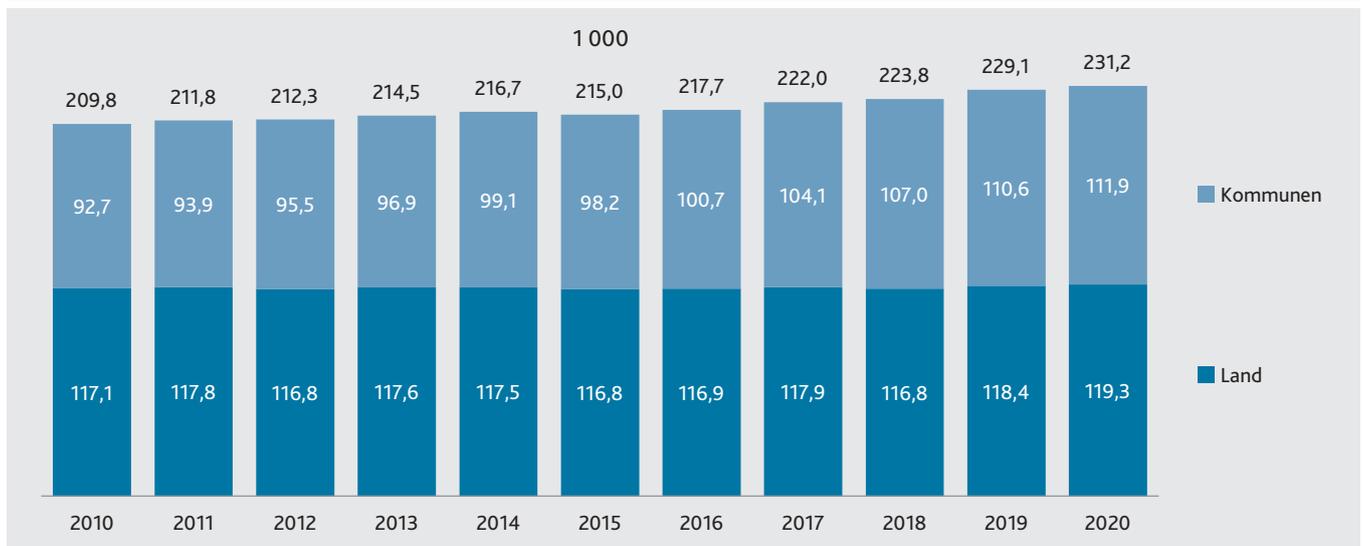
Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Bereich in Rheinland-Pfalz ist 2020 gegenüber dem Vor-

jahr um 0,9 Prozent auf gut 231 200 angestiegen. Davon entfielen 111 900 Beschäftigte auf die Kommunen (+1,2 Prozent) und 119 300 auf das Land (+0,7 Prozent).

Rund 64 Prozent der Beschäftigten (147 500) gingen einer Vollzeitbeschäftigung nach; ihr Anteil lag beim Land unverändert bei 66 Prozent, in den Kommunen konstant bei 61 Prozent. In Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent arbeiteten 2020 insgesamt 27,5 Prozent (63 700), 7,3 Prozent (16 700) hatten einen Teilzeitvertrag mit weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit. Weitere 1,5 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einem Altersteilzeitmodell (3 400).

Bei der Altersteilzeit sind weiterhin deutliche Unterschiede zwischen dem Land und den Kommunen zu beobachten. Während sich beim Land 2,3 Pro-

Beschäftigte des öffentlichen Bereichs 2010–2020



zent der Beschäftigten in Altersteilzeit befanden, waren es bei den Kommunen nur 0,6 Prozent. Im Landesbereich sank die Zahl um 19 Prozent auf 2 700, bei den Kommunen stieg die Zahl der Beschäftigten in Altersteilzeit bei niedrigem Ausgangsniveau um 14 Prozent auf 650.

Einen dauerhaften Arbeitsvertrag hatten 87 Prozent der Beschäftigten von Land und Kommunen. Im Vorjahresvergleich stieg ihre Zahl damit geringfügig (+0,1 Prozent) auf 200 300. Rund acht Prozent der Beschäftigten waren in einem befristeten Arbeitsverhältnis (18 500 Beschäftigte; -3,9 Prozent), weitere 5,3 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einer Ausbildung (12 400 Beschäftigte; +7,8 Prozent).

Zwischen den Landes- und den Kommunalbediensteten waren hierbei kaum Unterschiede festzustellen: Zeitverträge machten im Land 8,1 Prozent und bei den Kommunen 7,9 Pro-

zent der Beschäftigungsverhältnisse aus. Knapp 86 Prozent der Landesbeschäftigten und rund 88 Prozent der Kommunalbeschäftigten hatten dagegen einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Der Anteil der Auszubildenden lag beim Land bei 6,3 Prozent und bei den Kommunen bei 4,3 Prozent. Die Anzahl der Auszubildenden wuchs im Land um 7,7 Prozent auf 7 500, in den Kommunen um 7,9 Prozent auf 4 800. Rund 42 Prozent des Personalzuwachses im öffentlichen Bereich stammt demnach 2020 aus dem Zuwachs der Auszubildendenzahlen.

Das steuerpflichtige Bruttomonats-einkommen betrug 2020 im Durchschnitt 3 440 Euro. Damit stieg es im Vorjahresvergleich um 2,9 Prozent. Spitzenverdiener sind im öffentlichen Bereich relativ selten: Lediglich 2,3 Prozent der Beschäftigten verdienten monatlich mehr als 7 000 Euro.

Im öffentlichen Bereich waren im Jahr 2020 mehr Frauen beschäftigt als im

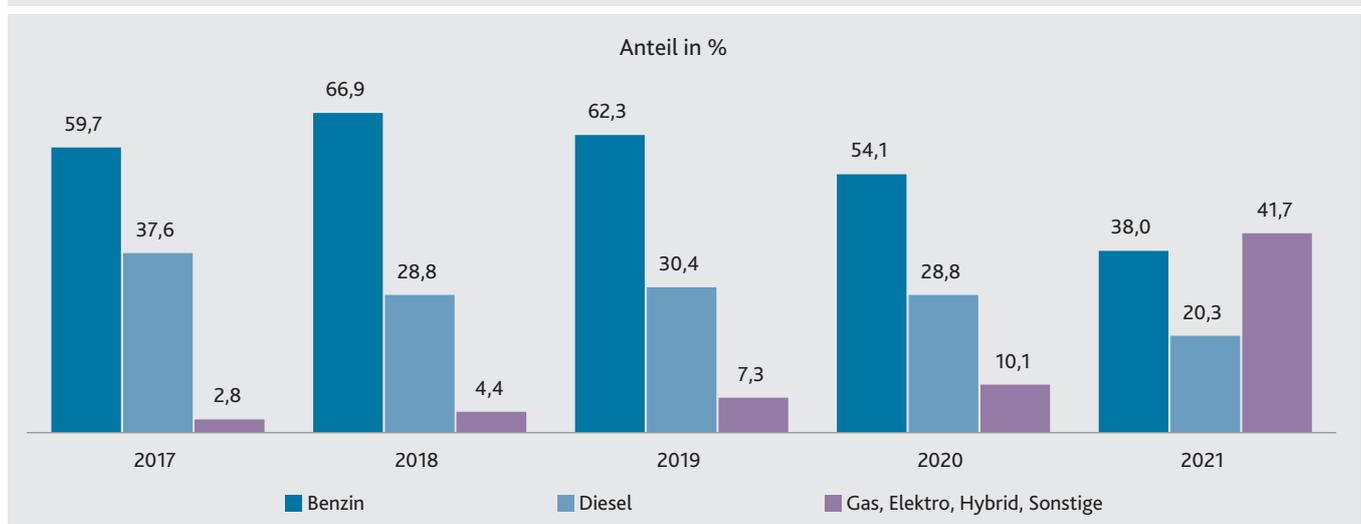
Vorjahr. Ihr Anteil an den Beschäftigten des Landes und der Kommunen wuchs leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 59 Prozent. Die Detailbetrachtung offenbart jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Beschäftigungsumfangs: Die Frauenquote lag bei den Vollzeitbeschäftigten nur bei rund 43,5 Prozent (+0,3 Prozentpunkte); bei den Teilzeitbeschäftigten waren hingegen 86 Prozent Frauen (-0,1 Prozentpunkte).

Dem öffentlichen Dienst im engeren Sinne (Behörden und Verwaltungen) gehörten 202 500 Beschäftigte an (+1,4 Prozent). Im Landesdienst stieg der Wert leicht auf knapp 118 000 (+0,6 Prozent), bei den Kommunen war ein Zuwachs auf 84 500 Beschäftigte (+2,4 Prozent) zu beobachten.

Fahrzeuge mit alternativen Antrieben gehen bei den PKW-Neuzulassungen in Führung

Im ersten Halbjahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz 54 080 Personen-

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Halbjahr 2018–2021 nach Kraftstoff-/Antriebsarten





kraftwagen neu zugelassen. Das waren 16 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2020, aber trotz des Anstiegs noch immer 24 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2019. Die Entwicklung des vergangenen Jahres dürfte maßgeblich durch die Corona-Pandemie beeinflusst gewesen sein. Insbesondere während des ersten Lockdowns kam es zu hohen Rückgängen bei den Neuzulassungen.

Personenkraftwagen mit alternativen Antrieben werden von der Bevölkerung immer stärker angenommen. Die Anzahl der neu zugelassenen Fahrzeuge mit alternativen Antrieben stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2020 um den Faktor 3,8 auf 22 553. Damit wurden erstmalig mehr Personenkraftwagen mit alternativem Antrieb neu zugelassen als Personenkraftwagen mit ausschließlich Benzin- oder Dieselmotor. Den stärksten Schub erfuhren die Fahrzeuge mit Elektroantrieb. Ihre Anzahl wuchs sogar um den Faktor 5,3 auf 7 011. Gründe für den starken Nachfrageanstieg dürften neben der staatlichen Förderung ein wachsendes Angebot der Hersteller sowie der Wunsch nach umweltschonenderer Mobilität sein.

Die Anzahl der im ersten Halbjahr 2021 in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Lastkraftwagen stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2020 um 19 Prozent auf 6 329, die Anzahl der Krafträder um 3,9 Prozent auf 6 180 und die Anzahl der Zugmaschinen um 26 Prozent auf 2 752. Insgesamt wurden 69 952 Kraftfahrzeuge neu angemeldet – 16 Prozent mehr als im

ersten Halbjahr 2020 und 20 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2019.

Die Zahl der Besitzumschreibungen entwickelte sich im ersten Halbjahr 2021 im Vergleich zu den Neuzulassungen wesentlich verhaltener. Die Besitzumschreibungen hatten auch im Jahr 2020 deutlich geringere Einbrüche erlitten als bei den Neuzulassungen. Für die Kraftfahrzeuge insgesamt wuchsen sie um 6,2 Prozent auf 224 248. Bei den Personenkraftwagen stieg die Anzahl der Besitzumschreibungen gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 um lediglich 5,5 Prozent auf 188 719, bei den Lastkraftwagen um elf Prozent auf 11 558, bei den Zugmaschinen um 13 Prozent auf 5 112. Lediglich bei den Krafträdern ergab sich ein stärkerer Anstieg als bei den Neuzulassungen, und zwar um 8,8 Prozent auf 18 150.

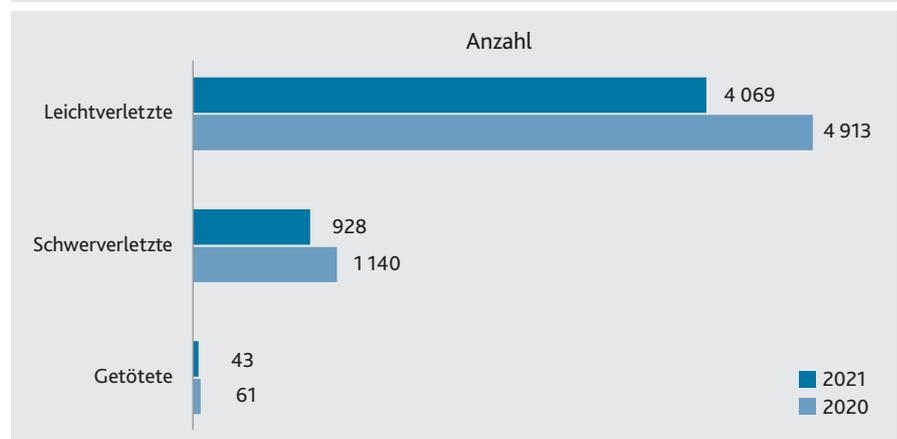
Weniger Verkehrstote von Januar bis Mai 2020 und im „Vor-Corona-Jahr“

Von Januar bis Mai 2021 verloren 43 Menschen bei Verkehrsunfällen

ihr Leben. Verglichen mit den ersten fünf Monaten der Jahre 2020 und 2019 waren dies 29,5 bzw. 37 Prozent weniger. Ferner wurden von Januar bis Mai des laufenden Jahres 928 Personen schwerverletzt und 4 069 Personen leichtverletzt. Dies entspricht Rückgängen gegenüber dem Vor- bzw. dem Vorvorjahr um 19 bzw. 27 Prozent bei den Schwerverletzten und 17 bzw. 29 Prozent bei den Leichtverletzten.

Die Polizei nahm in den ersten fünf Monaten 2021 insgesamt 46 018 Straßenverkehrsunfälle auf – 6,1 Prozent weniger als von Januar bis Mai 2020 und 21 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2019. Während im Januar und Februar 2021 die Unfallzahlen zunächst weiter sanken, sind sie seit März infolge der verfügbaren Lockerungen der Corona-Beschränkungen wieder im Steigen begriffen. Unter den aufgenommenen Unfällen waren 42 039 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Hier beträgt der Rückgang fünf bzw. 20 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2020 und 2021



Kommunen können Schulden im Krisenjahr 2020 leicht verringern – spürbarer Anstieg beim Land

Das Land Rheinland-Pfalz war zusammen mit seinen Kommunen zum Jahresende 2020 mit rund 43,9 Milliarden Euro verschuldet. Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts stiegen im Vorjahresvergleich damit um rund 940 Millionen Euro bzw. 2,2 Prozent. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung wuchs auf über 10 700 Euro (+220 Euro).

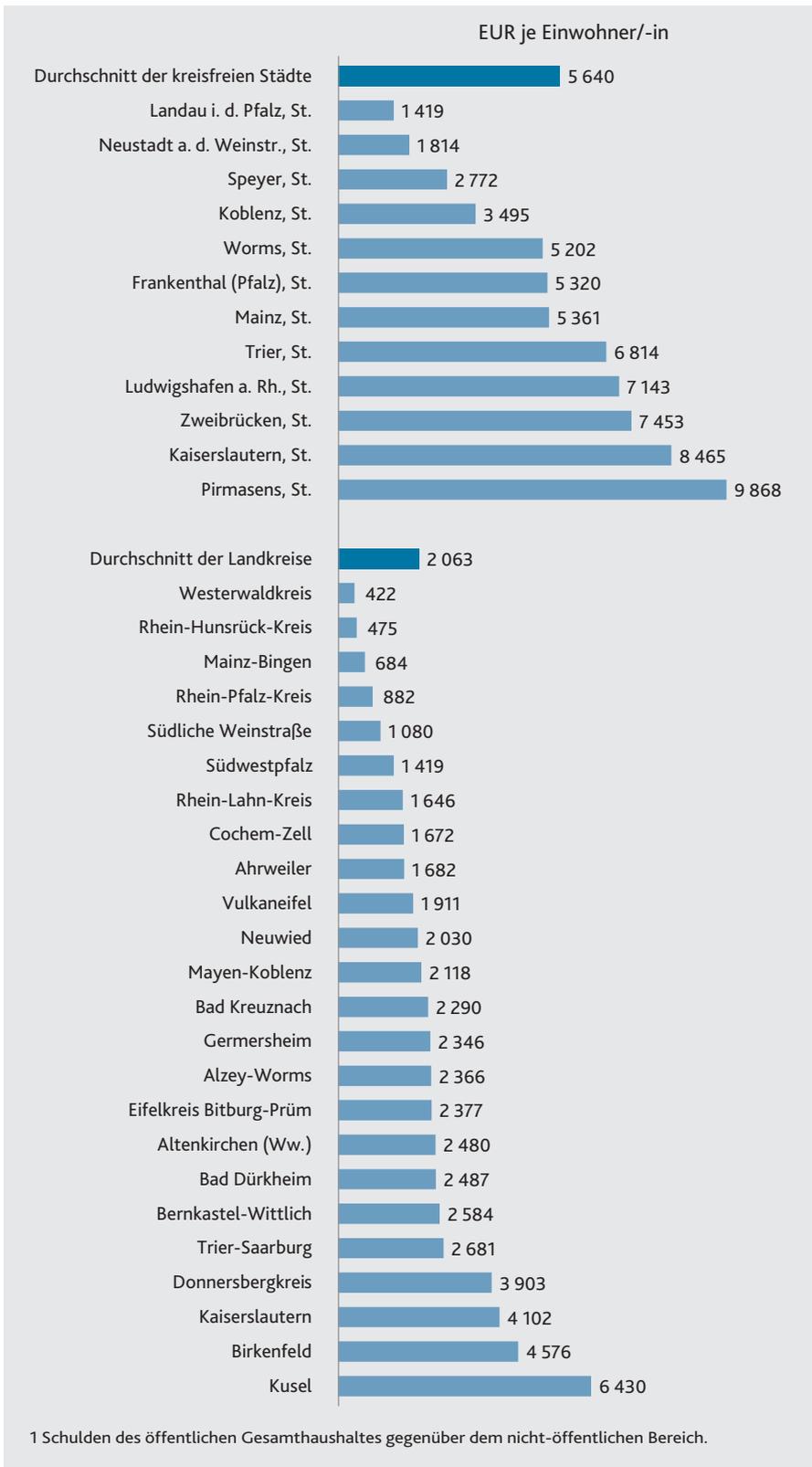
Während die Schulden des Landes spürbar um 3,4 Prozent auf rund 30,9 Milliarden Euro anstiegen, sanken die Schulden der Kommunen leicht um 0,5 Prozent auf 13 Milliarden Euro.

In den kreisfreien Städten verringerten sich die Schulden um 0,3 Prozent. Ihr Schuldenstand betrug zum Jahreswechsel rund sechs Milliarden Euro; pro Kopf waren das rechnerisch rund 5 600 Euro.

Für die Landkreisbereiche (Kreise einschließlich der zugehörigen Verbands- und Ortsgemeinden) wird ein Schuldenrückgang um 0,9 Prozent berechnet. Die Schulden fielen auf 6,2 Milliarden Euro bzw. knapp 2 100 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Die Regionen wiesen teilweise deutliche Unterschiede auf. Bei den kreisfreien Städten wurde für Landau in der Pfalz (1 420 Euro) die niedrigste, für Pirmasens (9 870 Euro) die höchste Pro-Kopf-Verschuldung ermittelt. Innerhalb der Landkreisbereiche verbuchte der Westerwaldkreis

Schulden¹ 2020 nach Verwaltungsbezirken





die geringsten Schulden (420 Euro). Die höchsten Schulden pro Kopf hatte der Landkreisbereich Kusel. Rechnerisch entfiel hier auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner eine Schuldenlast von 6 430 Euro, also fünfzehnmal so viel wie im Westerwaldkreis. Die Spannweite zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Schuldenstand pro Kopf nahm 2020 weiter zu.

Für die Landkreishaushalte (Kreise ohne zugehörige Verbands- und Ortsgemeinden) ergibt sich ein Schuldenwert von insgesamt 2,3 Milliarden Euro. Hier sank die Verschuldung deutlich um 3,4 Prozent; je Kopf verblieben rechnerisch rund 750 Euro. Mainz-Bingen konnte hier den niedrigsten Wert für sich reklamieren: Wie schon in den Vorjahren war der Kreishaushalt dieses Landkreises komplett schuldenfrei. Im Landkreis Kusel lagen die Schulden des Kreishaushalts hingegen bei rund 2 770 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Auch bei den Kreishaushalten nahm die Spannweite zu.

Das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften können sich grundsätzlich durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden. Obwohl Liquiditätskredite eigentlich nur zur Überbrückung von vorübergehenden Kassenanspannungen gedacht waren, machen diese bei den Kommunen inzwischen einen hohen Anteil an der Gesamtverschuldung aus. Die kreisfreien Städte hatten Ende 2020

rund 47 Prozent ihrer Gesamtverschuldung in Form von kurzfristigen Liquiditätskrediten aufgenommen (2019: 46 Prozent); beim Landkreisbereich betrug der Anteil 37 Prozent (2019: 39 Prozent).

Traditionell nutzt das Land kaum Liquiditätskredite. Letztere machten zum Jahresende 2020 knapp fünf Prozent der Gesamtverschuldung der Landesebene aus (2019: vier Prozent). Das Land greift bei der Verschuldung überwiegend auf das Instrument der Wertpapiersschulden zurück.

In den vergangenen 20 Jahren ist die Verschuldung des Landeshaushalts einwohnerbezogen um 57 Prozent gestiegen. Bei den Kommunen erhöhte sich in diesen Jahren die Schuldenquote um 122 Prozent. Für das Land und die Kommunen zusammen ergab dies einen Schuldenzuwachs von 72 Prozent gegenüber dem Jahr 2000. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um rund 49 Prozent.

Nach seinem vorläufigen Höchststand in 2012 konnte das Land zunächst seine Schulden bis 2019 reduzieren. Die Schulden sanken in diesem Zeitraum um fast zehn Prozent. Dieser rückläufige Schuldentrend wurde im Corona-Jahr 2020 durch den Schuldenanstieg von 3,4 Prozent durchbrochen. Die Kommunen konnten seit 2015 auf eine leicht rückläufige oder

zumindest konstante Schuldenlage blicken. Im Unterschied zum Land sank bei ihnen selbst im Krisenjahr 2020 die Verschuldung.

Im Vergleich der Bundesländer weist Rheinland-Pfalz 2020 eine überdurchschnittliche Verschuldung auf: Die Landesebene liegt zwölf Prozent, die Kommunalebene 66 Prozent über dem Pro-Kopf-Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Damit weisen die rheinland-pfälzischen Kommunen 2020 erstmals deutschlandweit den höchsten Wert aus. In anderen Bundesländern wurde die vormals sehr hohe kommunale Verschuldung in den vergangenen Jahren deutlich stärker reduziert als in Rheinland-Pfalz. Vielfach übernahm die Landesebene einen wesentlichen Teil der Schulden ihrer Kommunen.

Der Blick auf den Bundesvergleich bei den Liquiditätskrediten verdeutlicht die angespannte kommunale Lage: Die heimischen Kommunen liegen mit rund 1 260 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner 176 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Lediglich für das Saarland ergab sich ein noch höherer Wert.

Die Landesebene von Rheinland-Pfalz schneidet im Ländervergleich hingegen vergleichsweise gut ab. Unter den westdeutschen Flächenländern verbuchten lediglich die Landesregierungen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern noch niedrigere Pro-Kopf-Schulden.

Stadt.Land.Zahl: Gebiete auch über Ländergrenzen hinweg vergleichen

Was haben die beiden Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden gemeinsam, wo gibt es Unterschiede? Wo leben mehr Menschen: In Trier oder in Koblenz? Wohin zieht es mehr Touristinnen und Touristen: In die Südwestpfalz oder zu den saarländischen Nachbarn im Saarpfalz-Kreis? Wo ist die Bevölkerungsdichte geringer: Im Eifelkreis-Bitburg-Prüm oder in der Uckermark? Vergleichsmöglichkeiten – auch über Landesgrenzen hinweg – bietet Stadt.Land.Zahl, das neue Regionaldatenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Das Angebot umfasst wichtige Kennzahlen u. a. zur Bevölkerung, zum Bruttoinlandsprodukt und zum Tourismus für die 401 Landkreise und kreisfreien Städte. Mit einem Klick lässt sich der eigene Landkreis bzw. die eigene Stadt mit Gebieten überall in Deutschland vergleichen. Ein Ranking hilft dabei, die eigene Region einzuordnen. Die Anwendung bietet die Möglichkeit, die Ergebnissseite für die ausgewählte Region zu teilen und zu drucken. Diagramme lassen sich über die Downloadfunktion in verschiedenen Dateiformaten exportieren.

Stadt.Land.Zahl ist über das Statistikportal erreichbar:

www.statistikportal.de/stadt-land-zahl

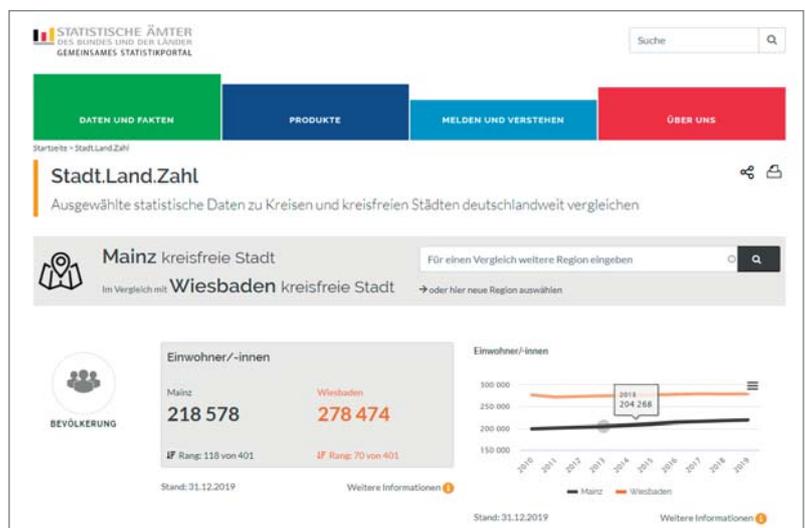
Datenquelle ist die Regionaldatenbank Deutschland (www.regionalstatistik.de). Die Ergebnisse werden fortlaufend automatisch aus dieser Datenbank aktualisiert. Alle in Stadt.Land.Zahl dargestellten Daten stehen dort auch zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Um auf die eingangs gestellten Fragen zurückzukommen:

- In Wiesbaden leben mit knapp 278 500 rund 40 000 Menschen mehr als in Mainz, aber in Mainz ist die Bevölkerung im Durchschnitt mit 41,4 Jahren um 1,6 Jahre jünger als in Wiesbaden. Und in Mainz leben deutlich

mehr Menschen auf einem Quadratkilometer (2 237) als in Wiesbaden (1 365). Beim Bruttoinlandsprodukt hat Wiesbaden die Nase vorn, bei den Touristen Mainz.

- Die Universitätsstädte Trier und Koblenz haben in den vergangenen Jahren deutlich an Bevölkerung gewonnen und liegen mit rund 114 000 (Koblenz) und 111 500 (Trier) im bundesweiten Ranking der kreisfreien Städte und Landkreise dicht beieinander: Koblenz auf Rang 281 und Trier auf Rang 288.
- Die Tourismusbetriebe im Landkreis Südwestpfalz zählten 2019 – also im Jahr vor Corona – rund 139 000 Gäste, gut 17 000 mehr als die Nachbarn im Saarpfalz-Kreis. Dort blieben die Gäste aber im Schnitt länger, sodass bei den Übernachtungszahlen der Saarpfalz-Kreis mit 428 000 besser abschnitt als die in der Südwestpfalz mit 335 000.
- Mit 60,9 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Quadratkilometer weist der Eifelkreis Bitburg-Prüm an der Grenze zu Luxemburg eine höhere Bevölkerungsdichte auf als der Landkreis Uckermark an der Grenze zu Polen mit 38,7. Im Ranking liegen beide im unteren Bereich: Der Eifelkreis auf Platz 376, die Uckermark auf Platz 385.



Wahlverhalten im Wandel – Jüngere wählen sehr viel heterogener als Ältere



Titelfoto: © VectorMine – stock.adobe.com

Jahren hauptsächlich auf die SPD und die CDU konzentrieren, tendiert das Wahlergebnis jüngerer Wählerinnen und Wähler stärker zu einer gleichmäßigeren Stimmenverteilung über die einzelnen Parteien.

Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik erzielte die SPD bei den 60-Jährigen und Älteren 40,6 Prozent der gültigen Landesstimmen und die CDU 36,6 Prozent. Erst mit weitem Abstand folgt an dritter Stelle die AfD, die bei den älteren Wählerinnen und Wählern auf ein Landesstimmenergebnis von 6,8 Prozent kommt. Alle anderen Parteien erzielten in dieser Altersgruppe einen noch geringeren Landesstimmenanteil. Auch bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern unter 25 Jahren war die SPD bei der Landtagswahl die stärkste Partei; in dieser Altersgruppe kommt sie allerdings nur auf 24,3 Prozent der Landesstimmen. An zweiter Stelle folgen bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern, unter denen viele zum ersten Mal ihre Stimme abgaben, die GRÜNEN (19,1 Prozent). Die CDU wurde von 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler

Das Abstimmungsverhalten jüngerer Wählerinnen und Wähler unterscheidet sich bei der Landtagswahl 2021 deutlich von dem Wahlverhalten Älterer. Dies zeigen Auswertungen der Repräsentativen Wahlstatistik. Während sich die Landesstimmen der Wählerinnen und Wähler im Alter von 60 und mehr

im Alter von 18 bis 24 Jahren gewählt und belegt damit Rang drei unter den Wahlvorschlagsträgern.

Im Zeitverlauf nahm die Konzentration der Wählerinnen und Wähler auf die SPD und die CDU in allen Altersgruppen ab. So vereinigten SPD und CDU bei der Landtagswahl 1971 – also vor 50 Jahren – bei den 60-Jährigen und Älteren noch 90,4 Prozent der Stimmen auf sich. Bei den 18- bis 24-Jährigen waren es sogar 91,4 Prozent. Im Jahr 2021 kamen SPD und CDU bei den 60-Jährigen und Älteren dagegen nur noch auf 77,2 und bei den unter 25-Jährigen nur noch auf 39,3 Prozent. Ein Blick auf die beiden Geschlechter zeigt, dass sich auf lange Sicht auch die Parteipräferenzen von Frauen und Männern deutlich gewandelt haben.

Diese und weitere Ergebnisse gehen aus dem zweiten Teil der Statistischen Analyse hervor, die das Statistische Landesamt zur Landtagswahl 2021 veröffentlicht hat. Der zweite Teil enthält die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik. Damit lässt sich u. a. beantworten, wie stark sich Frauen und Männer verschiedener Altersgruppen an der Landtagswahl 2021 beteiligten, welche Parteien sie wählten und wie häufig sie Wahlkreis- und Landesstimme verschiedenen Parteien gegeben haben. Ein wesentlicher Vorzug der Repräsentativen Wahlstatistik ist, dass die tatsächliche Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler in den Stimmbezirken erfasst wird. Zu diesem Zweck werden – auf gesetzlicher Grundlage und unter strikter Einhaltung des Wahlgeheimnisses – in zufällig ausgewählten Stimmbezirken Wahlzettel ausgegeben, die mit einer Kennzeichnung für Geschlecht und Altersgruppen versehen sind. Zudem wird auf Basis der Wählerverzeichnisse die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen ermittelt.

Hochwasserkatastrophe Juli 2021

Hilfe für die von der Flut Betroffenen im Landkreis Ahrweiler

Die Flutkatastrophe des 14. und 15. Juli 2021 führte zu vielen Toten, Verletzten und Vermissten. Zudem verursachte sie außergewöhnliche Notstände für die Menschen in einer ganzen Reihe von Gemeinden in der Eifel; entlang der Ahr sind die Folgen dramatisch.

Das Land Rheinland-Pfalz hat das Programm „Soforthilfe RLP 2021“ aufgelegt. Es soll außergewöhnliche Notstände der betroffenen privaten Haushalte mit finanziellen Soforthilfen unterstützen und akute Notlagen überbrücken. Das Programm dient dazu, kurzfristig Geld für das Nötigste zu haben. Die Soforthilfe dient nicht als Aufbauhilfe oder um die entstandenen Schäden abzudecken.

Das Statistische Landesamt unterstützt die Kreisverwaltung Ahrweiler bei der Beantragung und Bewilligung der Mittel. Bis Mittwoch, 18. August, sind 14 900 Anträge auf Soforthilfe beim Statistischen Landesamt eingegangen, darunter waren 3 200 Anträge, die von Haushalten mehrfach eingereicht wurden. Bereits genehmigt und zur Auszahlung angewiesen waren 11 100 Anträge. Die Summe der ausgezahlten Hilfgelder beläuft sich bisher auf 22,5 Millionen Euro.

Weitere Informationen und Anträge im Internet unter:
www.statistik.rlp.de/de/soforthilfe/



Modellrechnungen: Rund ein Viertel der Bevölkerung und mehr als 800 Betriebe in unmittelbarer Nähe zur Ahr

Mehr als ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner der unmittelbar an der Ahr gelegenen Gemeinden lebte am Jahresanfang 2021 weniger als 200 Meter vom Fluss entfernt. In diesem Gebiet wohnen schätzungsweise 1 300 Familien mit etwa 2 200 Kindern. Gut 800 Gewerbebetriebe und Arbeitsplätze für mehr als 4 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte befanden sich zum Zeitpunkt der Flutkatastrophe nahe der Ahr. Zu diesen Ergebnissen kommen aktuelle Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems.

In dem 200-Meter-Nahbereich ist die Betroffenheit durch die Hochwasserkatastrophe besonders hoch; allerdings hat es je nach örtlicher Situation auch jenseits dieser Marke verheerende Zerstörungen gegeben, wie vor allem Bildquellen zeigen. Die Ergebnisse der Modellrechnungen sind insofern eher eine Untergrenze für die Zahl der von dem Hochwasser betroffenen Menschen und Gewerbebetriebe.

Die Modellrechnungen verdeutlichen, dass in den 17 Gemeinden, die unmittelbar an der Ahr liegen, rund 4 200 Wohngebäude (26 Prozent aller Wohngebäude) nicht mehr als 200 Meter von den Ufern des Flusses entfernt sind.

Bei jedem zehnten Wohngebäude beträgt die Entfernung zur Ahr höchstens 100 Meter. In den 4 200 Wohngebäuden gab es vor dem Hochwasser schätzungsweise 7 600 Wohnungen, die mehr als 14 700 Menschen ein Zuhause boten. Die meisten der in Flussnähe lebenden Personen stammen aus Bad Neuenahr-Ahrweiler (ca. 6 900), aus Altenahr und aus Sinzig (jeweils ca. 1 200).

Insgesamt lebten in den 17 Ahr-Gemeinden am Jahresanfang 2021 etwa 57 500 Personen. Somit ist mindestens ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Gemeinden allein durch die Nähe zur Ahr extrem betroffen. Den höchsten Bevölkerungsanteil mit geringer Wohndistanz zur Ahr gibt es in der Gemeinde Schuld. Dort lebten am Jahresanfang ca. 95 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner weniger als 200 Meter von den Flussufern entfernt. Auch in den Gemeinden Müsch (80 Prozent) und Fuchshofen (77 Prozent) wohnte die Mehrzahl der Einwohnerinnen und Einwohner sehr nahe am Fluss. Insgesamt lebte in zehn der 17 Ahr-Gemeinden vor der Flutkatastrophe mehr als die Hälfte der Bevölkerung in einem Gebäude, das weniger als 200 Meter von der Ahr entfernt ist.



Die Modellrechnungen geben auch erste Hinweise auf die wirtschaftlichen Folgen der Überschwemmungen. Mehr als 4 800 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken dienen, liegen in den 17 Gemeinden weniger als 200 Meter vom Ahr-Ufer entfernt. Insgesamt könnten von den Folgen des Hochwassers etwa 830 Gewerbebetriebe unmittelbar betroffen sein. Fast die Hälfte dieser Betriebe hat ihren Sitz in Bad Neuenahr-Ahrweiler (47 Prozent).

Von den verschiedenen Branchen dürfte das Gastgewerbe durch das Hochwasser die schwersten Folgen davontragen. Knapp 150 der sehr nahe an der Ahr gelegenen Betriebe gehören zu diesem Wirtschaftszweig. Aber auch die übrigen Gewerbebetriebe dürften massiv leiden, da mit einem dramatischen Rückgang des Tourismus zu rechnen ist, der Jahre anhalten könnte. An zweiter Stelle folgen Betriebe aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ vor dem Bereich „Baugewerbe“.

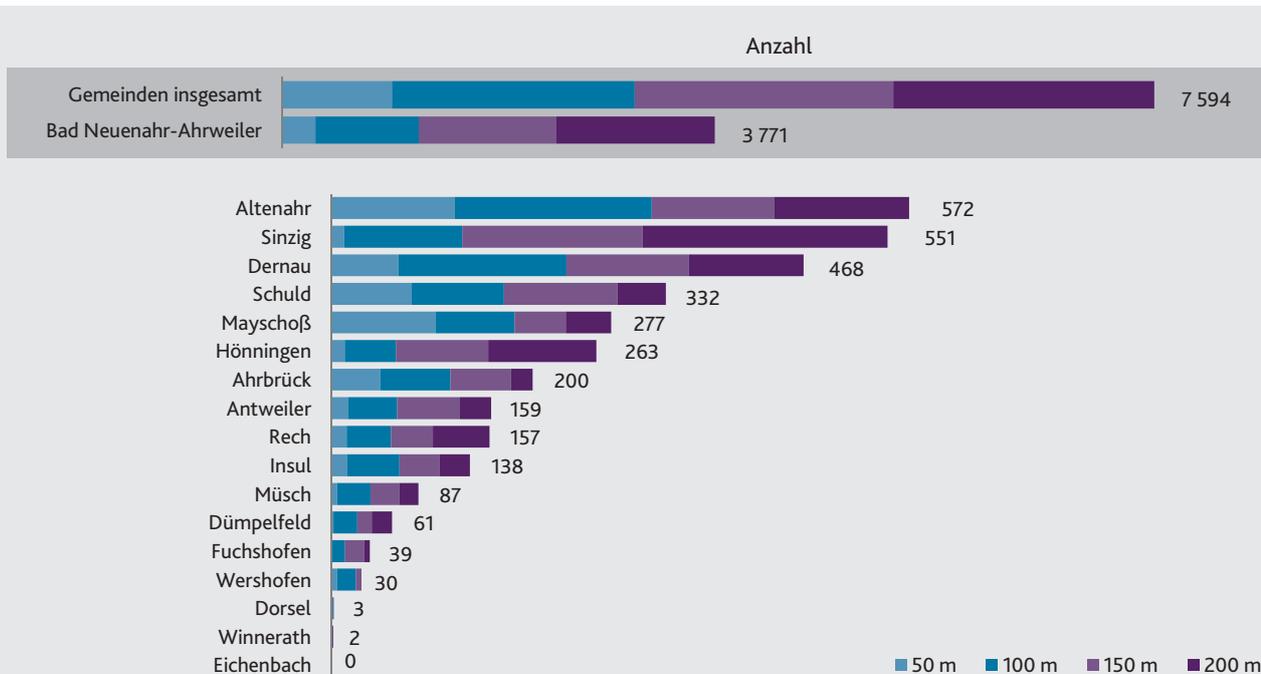
Insgesamt arbeiteten vor der Flutkatastrophe schätzungsweise 4 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in

den rund 830 Betrieben in Flussnähe. Davon hatten mehr als 2 800 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in Bad Neuenahr-Ahrweiler (69 Prozent) und etwa 290 in Altenahr (sieben Prozent). Der überwiegende Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den 17 Ahr-Gemeinden ist im Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ tätig (ca. 1 200 Personen bzw. 30 Prozent), gefolgt von den Bereichen „Gastgewerbe“ (ca. 680 Personen bzw. 16 Prozent) und „Verarbeitendes Gewerbe“ (ca. 490 Personen bzw. zwölf Prozent).

Auf Basis der Modellrechnungen können noch keine abschließenden Aussagen zu den tatsächlich von dem Hochwasser betroffenen Personen, Familien, Gebäuden und Betrieben getroffen werden, da unter anderem Höhenprofilunterschiede in den Gemeinden noch nicht vollständig berücksichtigt sind. Dies wird erst mit weiterführenden Auswertungen möglich sein, die in einem nächsten Schritt durchgeführt werden. Weitere Ergebnisse der Modellrechnungen finden Sie unter:

www.statistik.rlp.de/de/soforthilfe/betroffene

Betroffene Wohnungen bei Flussübertritt nach Reichweite des Übertritts und Gemeinden



Quelle: Modellrechnungen